

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf.
Bei Abholung von unten Angegebenen; bei Zustellung ins Haus durch unsere Auslieferung in der Stadt und auf dem Lande außerdem Porto; durch die Post 120 Mk. außer 42 Pf. Postgebühr. — Das Blatt erscheint wöchentlich 5 mal nur an den Wochentagen nachmittags.
— Abdruck unter Originalunterschrift ist nur mit deutlicher Genehmigung gestattet.
— Für Rückgabe unbenutzter Exemplare übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
3seitig. Illust. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeitspalt oder deren Raum für Merseburg und andere Umgebungen 10 Pf., für die 2spaltigen 20 Pf., für die 3spaltigen 30 Pf., für die 4spaltigen 40 Pf., für die 5spaltigen 50 Pf., für die 6spaltigen 60 Pf., für die 7spaltigen 70 Pf., für die 8spaltigen 80 Pf., für die 9spaltigen 90 Pf., für die 10spaltigen 100 Pf., für die 11spaltigen 110 Pf., für die 12spaltigen 120 Pf., für die 13spaltigen 130 Pf., für die 14spaltigen 140 Pf., für die 15spaltigen 150 Pf., für die 16spaltigen 160 Pf., für die 17spaltigen 170 Pf., für die 18spaltigen 180 Pf., für die 19spaltigen 190 Pf., für die 20spaltigen 200 Pf., für die 21spaltigen 210 Pf., für die 22spaltigen 220 Pf., für die 23spaltigen 230 Pf., für die 24spaltigen 240 Pf., für die 25spaltigen 250 Pf., für die 26spaltigen 260 Pf., für die 27spaltigen 270 Pf., für die 28spaltigen 280 Pf., für die 29spaltigen 290 Pf., für die 30spaltigen 300 Pf., für die 31spaltigen 310 Pf., für die 32spaltigen 320 Pf., für die 33spaltigen 330 Pf., für die 34spaltigen 340 Pf., für die 35spaltigen 350 Pf., für die 36spaltigen 360 Pf., für die 37spaltigen 370 Pf., für die 38spaltigen 380 Pf., für die 39spaltigen 390 Pf., für die 40spaltigen 400 Pf., für die 41spaltigen 410 Pf., für die 42spaltigen 420 Pf., für die 43spaltigen 430 Pf., für die 44spaltigen 440 Pf., für die 45spaltigen 450 Pf., für die 46spaltigen 460 Pf., für die 47spaltigen 470 Pf., für die 48spaltigen 480 Pf., für die 49spaltigen 490 Pf., für die 50spaltigen 500 Pf., für die 51spaltigen 510 Pf., für die 52spaltigen 520 Pf., für die 53spaltigen 530 Pf., für die 54spaltigen 540 Pf., für die 55spaltigen 550 Pf., für die 56spaltigen 560 Pf., für die 57spaltigen 570 Pf., für die 58spaltigen 580 Pf., für die 59spaltigen 590 Pf., für die 60spaltigen 600 Pf., für die 61spaltigen 610 Pf., für die 62spaltigen 620 Pf., für die 63spaltigen 630 Pf., für die 64spaltigen 640 Pf., für die 65spaltigen 650 Pf., für die 66spaltigen 660 Pf., für die 67spaltigen 670 Pf., für die 68spaltigen 680 Pf., für die 69spaltigen 690 Pf., für die 70spaltigen 700 Pf., für die 71spaltigen 710 Pf., für die 72spaltigen 720 Pf., für die 73spaltigen 730 Pf., für die 74spaltigen 740 Pf., für die 75spaltigen 750 Pf., für die 76spaltigen 760 Pf., für die 77spaltigen 770 Pf., für die 78spaltigen 780 Pf., für die 79spaltigen 790 Pf., für die 80spaltigen 800 Pf., für die 81spaltigen 810 Pf., für die 82spaltigen 820 Pf., für die 83spaltigen 830 Pf., für die 84spaltigen 840 Pf., für die 85spaltigen 850 Pf., für die 86spaltigen 860 Pf., für die 87spaltigen 870 Pf., für die 88spaltigen 880 Pf., für die 89spaltigen 890 Pf., für die 90spaltigen 900 Pf., für die 91spaltigen 910 Pf., für die 92spaltigen 920 Pf., für die 93spaltigen 930 Pf., für die 94spaltigen 940 Pf., für die 95spaltigen 950 Pf., für die 96spaltigen 960 Pf., für die 97spaltigen 970 Pf., für die 98spaltigen 980 Pf., für die 99spaltigen 990 Pf., für die 100spaltigen 1000 Pf.

Nr. 303.

Dienstag den 28. Dezember 1909.

36. Jahrg.

Zum liberalen Einigungsprogramm

Einige beachtenswerte Vorschläge zum Organisationsstatut der neuen freijünglichen Gesamtpartei macht die linksliberale „Neue Badische Landeszeitung“, die die Einigungsbestrebungen an sich stets lebhaft begrüßt hat. „Wir vermischen“, so schreibt sie, „im Organisationsstatut jede Bestimmung über Beitragsleistung der eingetragenen Mitglieder an die Parteikasse. Desgleichen eine Bestimmung über das Verhältnis der Finanzen der Landes- und Bezirksverbände zu denen der Zentralstelle. Es ist nicht nötig, die Höhe der Leistungen zu normieren, aber die Beitragspflicht selbst, damit uns, müßte im Statut festgelegt sein. Der Mitglieds der Partei sein will, muß auch zu den Kosten beizutragen, und daß es es muß, ist ausdrücklich in den Parteistatuten als seine Pflicht zu statuieren. Gesunde Finanzgrundzüge sind eine wesentliche Vorbedingung gesunder Parteiverhältnisse überhaupt und vor allem der Schlagfertigkeit einer Partei.“

Wir können hierzu sagen, daß ein Teil der Vorschläge des geschäftsführenden Ausschusses des Wahlvereins der Liberalen, insofern als er die Betonung der „Rechte und Pflichten der Mitglieder“ eingefügt wissen wollte, sich auf ähnlichem Gebiete bewegen dürfte.

Weiterhin schreibt das genannte Blatt über das wichtige Thema: Parteistatuten und Presse:

„Man kann die Frage oft hören, daß die Parteien von ihrer Presse alles und noch einiges mehr verlangen, daß es aber mit der Unterstützung der Presse durch die Parteien recht mangelhaft bestellt ist. Bei der Gründung der Gesamtpartei sollte man hierauf recht ernsthaft Bedacht nehmen. Aber die hohe Bedeutung, die einer stets gut, rasch und ausreichend informierten Presse für die Vertretung der gemeinsamen Sache zukommt, ist kein Wort zu verlieren. Es sei nur daran erinnert, daß es allerseits die Presse ist, die das erste Wort zur Beurteilung aller politischen Dinge zu sagen hat. Uns will es beunruhigen, als habe man auch diesmal bei Beratung der linksliberalen Verfassung viel zu wenig an die Parteipresse gedacht, nämlich gar nicht. Ihre Stellung aber und die Tätigkeit der leitenden politischen Redakteure ist für die gemeinsame Sache u. S. viel zu wichtig, als daß man sie so geringemassen außerhalb der Kampfbühnen mitlaufen läßt. Unschädlich der Selbständigkeit, mußte auch eine das Programm abgrenzende Parteipresse beansprucht werden und im Interesse der Sache selbst beansprucht sein, sollte es ihr doch organisationsgemäß ermöglicht werden, mit ihnen in den werdenden Dingen der Parteistatute drin zu stehen, mitzuraten und mitzuhandeln. Im Verhältnis der Presse zu den Parteistatuten ist in den letzten Jahren manches besser geworden; aber es ist noch nicht alles gut.“

Die Wünsche und Klagen, die hier erörtert werden, haben zweifellos einen sehr ernst zu nehmenden Kern, wir können aber erklären, daß auch in parlamentarischen Kreisen der Laiffrage der noch nicht immer ganz ausreichenden Fühlung zwischen Presse und Parteileitung in letzter Zeit eine sehr große Beachtung geschenkt worden ist und nach Mitteln und Wegen gesucht wird, hier befriedigende Zustände zu schaffen. Das Mannheimer Blatt selbst macht folgenden Vorschlag: es möge im Organisationsstatut bestimmt werden, daß eine Anzahl leitender politischer Redakteure der Parteipresse im Zentralausschuß Sitz und Stimme habe. „Der Einwand, der erhoben werden könnte, daß der Zentralausschuß eine zu große Körperchaft werden würde, ist aus mehreren Gründen hinfällig. Einmal ist der Zentralausschuß, dem die wichtigsten Parteiangelegenheiten zur Beschlußfassung unterliegen, nach den Vorschlägen des Vierzerschusses jetzt schon ein Parlament von 110—120 Mitgliedern; eine kleine Vergrößerung könnte also nicht mehr schaden. Sodann aber halten wir die Hinzugliederung von Pressevertretern in die Zentralleitung für so eminent wichtig, daß dieses Moment jeden Einwand zu Waden schlägt.“

Dieses letztere Argument ist durchaus anzuerkennen. Vielleicht läßt sich die Angelegenheit so arrangieren, daß man im Wege einer Resolution den Wunsch ausdrückt, es möchten im Zentralausschuß jedesmal zwei oder drei Herren der liberalen Presse Sitz und Stimme

haben, und daß der Zentralausschuß von vornherein um 2—3 Mandate vergrößert wird. Die Parteitage werden dann sicherlich gern im Sinne dieser Resolution später ihre Wahl treffen. Im Organisationsstatut direkt zu bestimmen, es müßten Pressevertreter im Zentralausschuß sitzen, dazu möchten wir nicht raten.

Im Anschluß hieran rät die „Breitauer Ztg.“, „nach dem Beispiel der Sozialdemokratie alljährlich eine Zusammenkunft liberaler Redakteure nach Berlin einzuberufen, damit die Kollegen zunächst einander näher kennen lernen und ferner mit den freijünglichen Führern engere Fühlung zu nehmen vermögen. Es würde sich weiterhin empfehlen, diesen „Pressestag“ in die Zeit der Parlamentstagung zu verlegen, damit die Delegierten und die Abgeordneten Gelegenheit erhalten, einander näherzutreten.“ Auch diese Anregung ist durchaus beherzigenswert. Und wenn wie uns nicht irren, sind ähnliche Pläne bereits erörtert worden. Sowohl eine solche Konferenz, wie die — zwar nicht zwangsweise, aber „gewohnheitsrechtlich“ erfolgende — Zunahme von Pressevertretern in den Zentralausschuß wären geeignete Mittel, die so notwendige Fühlungnahme zwischen Parteileitung und Presse zu fördern.

Ueber die Reform der inneren Verwaltung

hat der bisherige Oberpräsident von Schlesien, Graf Zedlitz, sich in einer Sitzung der Staats- und rechtswissenschaftlichen Sektion der Vaterländischen Gesellschaft zu Breslau kürzlich in bemerkenswerter Weise ausgesprochen.

Graf Zedlitz bezeichnet, nach der „Schles. Ztg.“, als die Aufgabe der Verwaltungsreform: „Die Reform der Verwaltung muß von dem Gedanken ausgehen, die staatlichen Aufgaben von allen denjenigen Dingen zu entlasten, welche ohne daß diese Rechtskontrollen in irgendeiner Weise verletzt werden, durch kommunale, genossenschaftliche oder sonstige öffentlich-rechtliche Verbände ausgeführt werden können. Nach einem Überblick über die geschichtliche Entwicklung, des Kommunalwesens in Preußen kam der Oberpräsident dann zu folgendem Resultat: „Wir müssen unsere staatslichen Verwaltungszweige prüfen und danach beurteilen, was wir an die kommunalen Instanzen entweder in ihrer jetzigen oder einer veränderten Form erneut abgeben können, also den Weg weiter gehen, den wir 1874 bei Schaffung der Provinzialordnungen beschritten haben. Dabei werden allerdings nicht nur die innere Verwaltung, sondern vielleicht noch andere Ressorts etwas von ihrer Stärke abgeben müssen. Das ist der Umriß, in dem ich mir die Verwaltungsreform denke: eine gewisse Dezentralisation mit voller Übertragung der Verantwortung und auch des wesentlichen Teiles der Fonds. Höchst bedauerlich würde es mir erscheinen, wenn man — wie von sehr bedeutsamer Seite vorgeschlagen worden ist — den untersten Instanzen die Möglichkeit eines speziell auch rechtspredenden Eingriffs in die Verwaltung nehmen und die Verwaltungsgerichtsbarkeit nach oben konzentrieren wollte. Das wäre ein Rückschritt zur Bureaukratie und dem bei uns nicht angebrachten französischen Préfekten-System.“

Diese Ausführungen des Grafen Zedlitz haben deshalb besondere Bedeutung, weil ihr Urheber bekanntlich auch der Kommission zur Verwaltungsreform angehört. Die Grundzüge, die Graf Zedlitz hier auspricht, scheinen einen brauchbaren Boden für die Reform abzugeben. Ob aber die Mehrheit der Kommission und ob die Regierung die gleiche Ansicht hegt, das ist leider noch sehr fraglich. Was man bis jetzt von maßgebender Seite über die Reform gehört hat, war im wesentlichen weiter nichts, als der Vorschlag, die Macht des Landrats zu stärken und ihn zum fast unbeschränkten König in seinem Kreise zu machen, also das Gegenteil einer Dezentralisation und einer Entlastung der Staatsbehörden.

Ueber die Wahlen zum weimarischen Landtag

Schreibt man uns noch in Bezug unserer bisherigen Mitteilungen: Das Ergebnis ist infolge seiner Eigenart auch für weitere Kreise nicht ohne Interesse. Es wurde bekanntlich zum ersten Male nach dem neuen Wahlrecht gewählt, das für 23 Abgeordnete das Reichstagswahlrecht vorseht. Das Wahnmännersystem war vollständig in Fortfall gekommen. Neben den 23 allgemeinen Abgeordneten galt es, 15 Vertreter der Preiviligierten zu wählen: 5 sogenannte Taufendaler Männer, 5 Großgrundbesitzer, 4 Angehörige der verschiedenen Kammern und einen Vertreter der Landesuniversität Jena. Zu den allgemeinen Wahlen und zu den Taufendaler-Männer-Wahlen hatten die Freijünglichen alle Schattierungen mit den Nationalliberalen eine Art „liberalen Block“ geschlossen. Der Block hatte bei den allgemeinen Wahlen gegen Sozialdemokraten und Konfervative, bei den Taufendaler-Männer-Wahlen nur gegen die letzteren zu kämpfen. Der Block hat sich bewährt. In der allgemeinen Wahl erhielten die Freijünglichen 6, die Nationalliberalen 3 Mandate. Bei den Taufendaler-Männer-Wahlen bekamen die Nationalliberalen von den 5 Sitzen sofort 4, in dem fünften stehen sie in Stichwahl. Der „Block“ verfügt also über 13 resp. 14 Mandate. Ferner rechnet sich der Vertreter der Universitäts Jena zur nationalliberalen Partei. Eine unermessliche Niederlage haben die Sozialdemokraten erlitten. Sie stellten in jedem der 23 Wahlkreise Kandidaten auf und zogen — 4 Mann hoch in das Fürstentum in Weimar ein! Und das nach der Reichsfinanzreform und zum ersten Male mit dem Reichstagswahlrecht! Die Sozialdemokraten hatten sich nach dem Erfolg bei den meiningischen Landtagswahlen mindestens auf 12 Sitze gegipelt. Die Konfervativen, Bündler und Antikemiten erhielten bei den allgemeinen Wahlen 9 und bei den Großgrundbesitzern alle 5 Mandate. Die Rechte des neuen Landtags wird also nur 15 Abgeordnete zählen, da die noch zu wählenden Vertreter der Kammern bis auf den Vertreter der Landwirtschaftskammer wohl ausschließlich liberale Männer sein werden.

Zählt man zu den 14 Abgeordneten des Blockes noch die 4 Sozialdemokraten und den im Eisenacher Oberlande gewählten linksstehenden Zentrumsmann hinzu, so ist die Linke, ohne die Vertreter der Kammern, 19 Mann stark. Ob diese Majorität in allen Fragen gegen die Reaktion zusammenhalten wird, steht freilich dahin. Die Linke hätte übrigens bedeutend stärker sein können, wenn die Nationalliberalen bei der Verteilung der Mandate innerhalb des Blockes nicht auf einige „rechts stehende“ Männer aus ihren Reihen gedrungen hätten, die dann den Konfervativen unterlagen. Und dann ließ sich die Sozialdemokratie durch die Geschichte von der „roten Flutwelle“ verteidigen, auch in solchen Wahlkreisen zu kandidieren, wo ein Freijünglicher mit ihrer Unterstützung die Reaktion vielleicht geworfen hätte.

Politische Uebersicht.

Von einer deutsch-englischen Verständigung über die Flottenabklärungsfrage weiß die von Dr. Paul Hofstadter herausgegebene „Deutsch-englische Korrespondenz“ zu erzählen. Die Verständigung sei Tatsache in dem Sinne, daß der Ausbau der deutschen Flotte nach dem Vortragsgesetz nicht zur Durchföhrung gelangen soll, weil man an der maßgebenden Stelle ansichstehenden Wert auf eine „Belastigung“ der Situation England gegenüber lege. Die genannte Korrespondenz geht aus von der Vereinbarung zwischen der kaiserlichen Regierung und England über die Schiffbaukonvention für Europa und Tigris und von der Frage der Verteilung englischen Kapitals an der Nordbahn. So fager die Nachricht auftritt, so wenig glauben wir an ihre Richtigkeit, wenn wir auch von früher her an „Wichtigkeiten“ der deutschen auswärtigen Politik lieber zu Grunde gemahnt sind.

Oesterreich-Ungarn. Gegen die Ernennung eines schlesischen Landmannministers haben sich die deutschfreisinnigen Abgeordneten aus den Upendändern neuerdings scharf ausgesprochen, ebenso wie gegen die Vertretung der Südböhmen im Kabinett überhaupt,

welch dies nicht nur eine nationale Gefährdung der deutschen Alpen bedeute, sondern auch ein neuer Schritt zur Föderalisierung der Zentralgewalt und zur Zerlegung des Staates wäre. Über sei auf die Handelsministeriums Berichterstattung zu verweisen, als ihre weitere Vernehmung zum Schaden der Deutschen zugelassen. — Für die Einführung des allgemeinen Stimmrechts in Ungarn demonstrierten bei Antritt des designierten Ministerpräsidenten Sulfas am Bahnhof zu Budapest zahlreich dort verassembled Sozialisten, die Sulfas eine Ovation bereiteten. Auch vor dem Clublokal der Fußballer fanden ähnliche Demonstrationen statt.

Frankreich. Im Senat wies bei der Fortsetzung der Beratung des Berner Übereinkommens, betreffend die Zugangsfrage von Simplon, Minister Millerand in Erwiderung auf die Ausführungen mehrerer hin. Das Übereinkommen wurde sodann durch Handaufheben angenommen. Ferner wurde eine Tagesordnung angenommen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, Schritte zur Verbesserung gewisser Güten zu tun, damit die französischen Eisenbahnen in den Stand gesetzt würden, gegen die ausländische Konkurrenz auftreten zu können.

Russland. Die zweite Hälfte des finnischen Zugriffs auf den russischen Militärausgaben für 1908-09 ist am Donnerstag zum finnischen Staatsrat an die russische Reichsregierung geschickt worden. — Die Interpellation der Radikalenpartei aus Anlaß der Ermordung des Obersten Rasnow ist von der Kommission der Reichsduma mit 18 gegen 6 Stimmen abgelehnt worden. Die Interpellation wurde als nicht begründet befunden.

Rumänien. Das seitdem des rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu ist andauernd befriedigend. König Carol fassete dem Verwundeten einen Besuch ab.

Griechenland. Die Militärdiktatur regiert noch immer in Griechenland. Wie es im Bande der Hellenen ausgeht, zeigen folgende Depeschen: Athen, 24. Dez. Der König hat die Dekrete, durch die die Obersten Joannis, Dimitris, Sapunzatis und Konstantinos zu Generälen befördert werden, vollzogen. — Athen, 24. Dez. Der Kriegsminister hat seine Entlassung gegeben. Die Spannung hat damit etwas nachgelassen. — Athen, 24. Dez. Auf die Nachricht von den bevorstehenden militärischen Beförderungen hat eine große Anzahl von Offizieren der Militärs eine Protesterklärung erlassen, in der es heißt, der Kriegsminister, der die Sign durch die ungesetzlichen Beförderungen der Rechte ausgeübt habe, habe ihr Vertrauen verloren. Man hält den Rücktritt des Kriegsministers für bestimmt. Das umgestülpte Kabinett wird sich voraussichtlich schon heute der Kammer vorstellen. Die Meldung, daß die Offiziere in der Nacht eine Versammlung abgehalten hätten, um in die Stadt einzudringen, ist falsch.

Marokko. In Sachen der Mannesmann-Konzessionen haben die Vöcker Handelskammer und das Sozialimperium Lübeck ebenfalls an den deutschen Reichstagler eine Eingabe richtet, die Mannesmann-Konzessionen in Marokko dem deutschen Kapital zu sichern.

Australien. Der australische Bergarbeiterausstand scheint doch beendet zu sein. Die North Sydney Gas Lighting Company hat ihren Arbeitsangehörigen wieder angenommen. Ein in Untersuchung befindlicher Führer des Ausstandes wurden vorläufig aus der Haft entlassen.

Sina. Die sinesische Mission zum Studium ausländischer Floteneinrichtungen unter Führung des Prinzen Tat-hsun ist am Donnerstag abend aus Frankreich in Genoa eingetroffen und von den Spitzen der Behörden empfangen worden. Die Mission wird Kom. Ferni, Seglia und Benigni befehlen und am 29. d. M. nach Pola weiterziehen.

Nord- und Mittelamerika. Das neue amerikanische Panzergeschiff „Utah“, das das größte Kriegsschiff der Vereinigten Staaten werden soll, ist am Donnerstag früh, wie aus Camden (New Jersey) gemeldet wird, vom Stapel gelassen. — Zur Lage in Nicaragua teilte der amerikanische Konsul in Bluefields dem Staatsdepartement telegraphisch mit, daß die Zahl der im Rama-Gebirge auf mehr als 1000 geschätzt wird. 2000 Mann seien rechtschaffen. Es herrsche sehr großes Elend unter den Truppen.

Deutschland.

Berlin, 27. Dez. Der Kaiser machte Freitag vormittag, wie alljährlich an diesem Tage, einen längeren Spaziergang in der Umgebung des Neuen Palais in Potsdam und wohnte nachmittags der Besichtigung einiger Kompagnien im ersten Garderegiment zu Fuß bei. Nachmittags um 3 Uhr wurde der Dienerschaft wie immer durch die Kaiserin in bescheid, um 4 Uhr fand das übliche Weihnachtsdiner beim Kaiserpaar für die in Berlin und Potsdam anwesenden Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, sowie für die Damen und Herren der Umgebungen und Gefolge statt. Hieran schloß sich um 5 Uhr die Besichtigung im Muschelsaal, wo auf langen, weißgedeckten Tafeln die Geschenke nach den persönlichen Anordnungen des Kaiserpaars aufgetragen waren. Zwei große Tannenbäume waren für das Kaiserpaar und die Gäste aufgerichtet, je ein weiterer für jeden der sechs Prinzenpaare bzw. deren Gemahlinnen, die Prinzessin Viktoria Luise und die Söhne des Kronprinzen. Während der Festtage wollte, wie seit einer Reihe von Jahren, der kommandierende General und Generaladjutant v. Löwenfeld in der Umgebung des Kaisers.

— (Die Kronprinzessin) traf am Freitag früh mit ihrer Mutter, der Großherzogin Anastasia, aus Cannes kommend, auf dem Anhalter Bahnhofe wieder in Berlin ein.

— (Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg) hat sich während der Festtage nach Potsdam begeben.

— (Dem Präsidenten des Reichseisenbahnamts.) Wirkl. Geh. Rat Dr. Schulz, ist be-

nachgesuchte Entlassung aus dem Reichsdienst zum 1. Januar 1910 erteilt und ihm aus diesem Anlaß der erbliche Adel unter der Namensform v. Schulz-Hausmann verliehen worden. Zu seinem Nachfolger ist der Wirkliche Geheime Dierregierungsrat Wadczapp, bisher Präsident der Generaldirektion der Eisenbahnen in Elßa-Lothringen, unter Verleihung des Charakters als Wirkl. Geh. Rat mit dem Prädikat Excellenz ernannt worden.

— (Dem Unterstaatssekretär Dr. Richter) im Reichsamt des Innern ist der Charakter als Wirklicher Geheimer Rat mit dem Prädikat Excellenz verliehen worden. Die „Tägliche Rundschau“ hebt hervor, daß dies eine besondere Auszeichnung darstelle, da die Verleihung nicht ungewöhnlich früher erfolge, als es sonst im allgemeinen üblich ist.

— (Die Art der Vergütung von Lieferungen durch das Reichsmarineamt) hat in gewöhnlichen Kreisen zu Beschwerden Anlaß gegeben. Es wird darauf hingewiesen, daß dadurch, daß das Reichsmarineamt die im Wettbewerbe abgegebenen Preise der verschiedenen Firmen geheim hält, die öffentliche Kontrolle unterbunden und zu Unregelmäßigkeiten Gelegenheit gegeben wird. Eine entsprechende Änderung des Verfahrens bei Ausschreibungen des Reichsmarineamts wird als erwünscht bezeichnet, sofern nicht etwa militärische Gründe eine Änderung unzulässig erscheinen lassen.

— (Die neue konservative Vereinigung) hat sich schriftlich um Aufnahme in den Gesamtverband der Deutsch-konservativen Partei angemeldet. Wie die „Konf. Korresp.“ schreibt, ist der Parteivorstand noch nicht in der Lage, sich hierzu zu äußern, da die verlangten Statuten noch nicht vorgelegt worden sind. Aus den weiteren Ausführungen des offiziellen Parteiquartals ergibt sich aber, daß die Aufnahme der konservativen Vereinigung abgelehnt werden wird.

— (Bei der Beratung des bayerischen Militäretats) kam es in der letzten Sitzung der Abgeordnetenkammer vor Weihnachten noch einmal zu leidenschaftlichen Debatten. Sie wurden dadurch geeigert, daß die Militärverwaltung einige — noch dazu verzugweise katholische — Schwertener des roten Kreuzes für das Münchener Militärkavarett anstellen will. Darob große Empörung im Zentrum, da der Superior der Darmbergigen Schwertener sich dadurch juristisch fühlte. Die Abg. Dr. Müller-Reinigen-Hof, v. Bollmar und Casselmann geshelten das Vorgehen des Zentrums in schärfster Weise, während die Mehrheiten nicht weniger als vier Redner (Graf Westfalow, Dr. Schäbler, Febr. von Frankenstein und Held) zur Verteidigung ihres Verlangens, das auch der Kriegsminister vornehm zurückwies, vorschickten. Abg. Dr. Müller-Reinigen machte dem Zentrum den Vorwurf der „Kulturpauerei“ und brachte ein Charakteristikon „Diktum“ eines Zentrumsabgeordneten aus den letzten Tagen unter allgemeiner großer Erregung vor: „Über das Zentrum schimpft man, unsern Herrgott meint man.“ Da stürzte ihm der bekannte katholische Pfarrer Grandinger etwas zu. Sofort große Erregung im Zentrum! Abg. Dr. Müller rief Grandinger zu: „Sie sind vorzüglich, sonst haben sie mergen die schönste Denunziation!“ (Dem Abg. Grandinger wurde bekanntlich auf Denunziation der „Aleranzpartei“ die Zugehörigkeit wie die Versammlungsteilnahme bei den Liberalen verboten. D. Red.) So endete die letzte Sitzung vor Weihnachten in aufgeregtester Kampfstimmung.

— (Theorie und Praxis in der Sozialdemokratie) Zu diesem Thema wird der „Weserzeitung“ aus Kiel geschrieben: Im Gewerkschaftshause in Kiel, das durchweg von organisierten Arbeitern besucht wird, legten von den vier Kellnern drei die Arbeit nieder, weil sie mit dem vierten nicht mehr zusammenarbeiten wollten. Und was tat die Leitung des Gewerkschaftshauses? Sie tat das, was sie der Kieler Kommune beim Streik der fädischen Arbeiter zu so schwerem Vornur gemacht hatte: sie stellte einfach „Arbeitswillig“ ein.

Der Gesamtschuß des Hanfa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie.

Derjenige Verwaltungskörper des Bundes, welcher neben dem Präsidium und Direktorium kraft Delegation der Beteiligten, also auf direkter vollstättlicher Basis, mitzuwirken hat an den Arbeiten des Bundes, ist nunmehr gebildet. Er zählt mit dem Redt der Junahf zurzeit 450 in Gewerbe, Handel und Industrie tätige Persönlichkeiten, die teils von ihren Berufsgenossen an die Spitze der großen gewerblichen Verbände berufen worden sind, oder die sich sonst als besonders geeignete Vertreter der berechtigten Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie bewiesen und bewährt haben. Zum ersten Male sehen wir die Führer der Großindustrie und des Handwerks, des Klein- und Großhandels, der Klein-, Mittel- und Großbetriebe, der Arbeitgeber und der Vertreter der Angestelltenverbände und Angestellten zu gemeinamer Arbeit vereint. Aus den Reihen der Industrie zählen wir 189 Vertreter, der Handel stellt 124 Herren, von denen 55 dem Großhandel angehören. Diese in Verbindung mit 76 Vertretern von Handwerk und Kleingewerbe bilden die Gesamtvertretung des Mittelhandels. Die 41 Angestelltenvertreter endlich sind von den Angestelltenverbänden und sonstigen maßgeblichen

Gremien in den Gesamtschuß entsandt worden. Die Repräsentation dieses Parlaments des wertvollen Bürgerturns“ bedeutet den Beginn einer planmäßigen Geltendmachung der wohlbegründeten Ansprüche des wertvollen Bürgerturns und damit des Bürgerturns überhaupt, auf eine gleichberechtigte Stellung in unserem Staatsleben. Man darf erwarten, daß diese Männer, die sich im wirtschaftlichen Leben und als Vorkämpfer ihrer Berufsgenossen bereits ausgezeichnet haben, im Gesamtschuß des Hanfa-Bundes die richtigen Mittel und Wege zu finden wissen, um der wertvollen Arbeit endlich den Platz zu erkämpfen, der ihr gebührt. Exemplare des Verzeichnisses der Mitglieder des Gesamtschußes liegen in beliebiger Zahl auf Wunsch in der Geschäftsstelle des Hanfa-Bundes, Berlin NW, Doroteenstraße 8, zur Verfügung.

Vermischtes.

* (Das Eisenbahnunglück bei Schöffel. — Neue Eisenbahnunfälle.) Berlin, 26. Dez. Nach dem Urteil eines Sachverständigen von der künftigen Eisenbahndirektion kann die Erklärung für den Unfall bei Schöffel nur in einem Verlegen der mechanischen Einrichtungen gefunden werden. Es ist als feststehend anzusehen, daß kein persönliches Verschulden eines Beamten vorliegt. Nach dem Befunde des Akzidents auf der Unfallstelle ist der Hebel für die Umlegung der Weiche richtig umgelegt worden. Die Aussage des Lokomotivführers hat sich ebenfalls bestätigt: das Signal hat auf „frei“ gestanden. In dem sehr dünnen Nebel war es dem Beamten abolut unmöglich zu sehen, ob die Signallaternen umgeschlagen und ob die Weiche dem Sehebedeure gefolgt war. Auch konnte er nicht wahrnehmen, ob der Zug in ein falsches Gleis geraten war. Die schweren Niederschläge an den beiden letzten Tagen hatten alles in Schlamme verandelt, zu dem in der Nacht noch Frost hinzutrat. Auf dieses Zufammenfallen wird es zurückgeführt, daß in dem Mechanismus ein Hinderis eingetreten war, das auf die Weichenfähigkeit eingewirkt hat. Die Katastrophe ist also eine Verkettung von unglücklichen Umständen zuzuschreiben. — Leipzig, 26. Dez. (Amtliche Meldung.) Donnerstag nachmittag kurz nach 5 Uhr stieg der Personenzug 588 auf den vor dem Abfischsignal des Bahnhofs Vorkriegewer haltenen Gleis 33. Die beiden letzten Wagen des Zuges waren besetzt, ebenso der Lokomotiv- und Tenderwagen und der erste Wagen des Personenzuges; letzterer entleerte, blieb aber unmittelbar neben den Schienen stehen. Nach längerer Stillstellung sind fünf Personen leicht verletzt worden. Der vordere Teil des Zuges konnte mit den Befunden beider Räder mit 45 Minuten Verspätung weiter fahren. Der Personenzug wurde durch Unfälle aufrecht erhalten. Um 9 Uhr abends war die Strecke wieder frei. Die Ursache ist folgende: Der Gleis 33 mußte vor dem Abfischsignal der Bahnhofs Vorkriegewer aus Betriebsrücklagen halten. Mittlerweile ließ der Fahrdienstleiter des Bahnhofs Subdivisionsleit, da inzwischen die Abfahrtszeit des Personenzuges herangekommen war, diesen nach Vorkriegewer abfahren, ohne die Meldung von der Abfahrt des Zuges abzuwarten. — Stolberg bei Aachen, 26. Dez. (Amtliche Meldung.) Freitag früh sind hier zwei 6000 Pfund schwere Eisenwagen der Eisenbahn der Provinz Preußen eingestürzt. Die Wagen wurden die beiden Hauptteile der Wagn gespreit. Um 1 Uhr war die Strecke wieder frei. Personen sind bei dem Zusammenstoß nicht verletzt worden. Der Materialschaden ist nicht bedeutend. Ein Wagen wurde zerstört, zehn andere wurden beschädigt.

* (Unwetter in Südeuropa.) Seitiges Unwetter mit starken Regengüssen hat nach einem Telegramm aus Barcelona sich ganz Spanien hinüber gelagert. Der Bahnhofs- und Telegraphenverkehr ist gestört. Die Bahnhofs- und Salomanca nach Portugal ist unterbrochen und in den Städten Ciudad Rodrigo und Monbaco haben überflutungen großen Schaden angerichtet. Militär ist zur Hilfeleistung abgegangen. Nach amtlichen Meldungen sind in den überflutungsgebieten zahlreiche Gebäude zerstört worden. In der Umgegend von Ciudad Rodrigo sind etwa 20 Häuser eingestürzt. Weitere amtliche Nachrichten über das Schicksal befehen, das in Ciudad Rodrigo, sowie wie bisher bekannt ist, 4 Personen ertrunken sind. Zahlreiche Ortschaften in der Gegend von Valencia, Salamanca, Bilbao, Leon, Zamora, Burgos und Valladolid sind überflutet. — Einer „Lloyd“-Meldung aus Looz zufolge ist das Wasser im dortigen Hafen durch Sturmfluten getrieben. Verschiedene Schiffe, darunter der deutsche Dampfer „Ginta“, befinden sich in gefährlicher Lage. — Auch in verschiedenen Gegenden Frankreichs namentlich in den Departements Haute-Garonne, Ariège, Tüze, Savoie Rhone, Vosges herrschen überaus heftige Stürme, die großen Schaden anrichten. In Lyon wurde eine Frau durch einen herabfallenden Schornstein getötet und mehrere Personen verwundet. Die Stürme sind auch in mehreren Gegenden. Grenoble und Chambéry hatten 15 und 20 Grad Wärme. In den Bergen herrscht Frühlingstemperatur, der Schnee auf den meisten Gipfeln des Gebirges ist geschmolzen.

* (Ein russischer Intendant, der sich aus Gr. I. ist die das Leben nimmt.) Das offizielle russische Journal „Die Intendant“ veröffentlicht ein Dokument, das der Bezirksintendant von Amur, Generalmajor Alexejewski, nach seinem vor kurzer Zeit begangenen Selbstmord hinterlassen hat. Aus diesem Schriftstück geht, wie hervor, daß einer von den russischen Militärintendanten, die im allgemeinen von dem Senator Garin als die größten Betrüger entlarvt worden sind, so ehehmal war, daß er sich das Leben nahm. Er schreibt dort folgendermaßen: „Schuld an meinem Tode bin ich selbst. Ich hatte meine Kräfte überlastet. Der Bezirk ist groß und ich wenige Arbeiter nicht mehr erhalten. Ich werde nicht mehr fertig sein. Vollständig rechtliche Ordnung kann ich aber allein nicht schaffen und Unredliches nicht durchsetzen. Wieviel schlaflose Nächte habe ich verbracht! Meine Nerven sind zertrütert...“ Der General bleibe mittellos zurück. Er besaß 400 Rubel, die er zur Beerdigung bestimmte. Er hätte die meisten davon in Betrieben hinterlassen, die seiner Tochter zu übergeben. Das Schreiben schließt mit folgenden Worten: „Es ist nicht leicht und kleinmütig, so zu sterben. Doch ich habe keine Kraft mehr. Alles hat seine Grenzen, und es ist unmöglich, die Unordnung, die bisher eingerichtete worden ist, und die so viel Leidtümmer verschlingt, weiter mitanzusehen. Ber-

gelbe mit, Lonia. Bete für Dennis armen Vater... Der Vorgänger dieses Befehls waren desfalls ein Vermögen von 18 Millionen Rubeln.

Das eigene Kind erdrückt. In Saoot bei Kasten leidet nach dem Verl. Hof-Anz. die 46 Jahre alte Ehefrau des Odenbüchlers stark seit einiger Zeit an religiösem Wahnsinn. In einem besonders heftigen Fall erdrückte sie nachts ihr jungstes, noch nicht wägendes Kind, während der Mann und die übrigen Kinder im Schlafe lagen.

(Verschwundene Millionen.) Dem Verl. Hof-Anz. wird aus Rom gemeldet: In der Wohnung des kürzlich verstorbenen Milliardärs Senators Patania wurde in Anwesenheit seiner beiden Schwägerinnen der Geldschrank der 2 Millionen begeben sollte, geöffnet. Statt des Geldes lag ein Haufen altes Papier in dem Schrank. Es scheint, daß die Dienerschaft die Millionen gefressen hat.

(Unzuverlässige italienische Beamte.) Bei Gelegenheit eines großen Seitenbesuchs am Silberbahnhof zu Mailand wurde eine weitverbreitete Diebstahlsbande unter dem Vahnerpersonal entdeckt. Verhaftungen wurden in Mailand, Verona, Vlovi, und Genua vorgenommen. Zwei verdächtige Beamte verurteilten Selbstmord zu begehen. Einer warf sich am Zentralsbahnhof unter eine Lokomotive. Dem Mann wurde ein Bein abgefahren. Weitere sensationelle Verhaftungen stehen bevor.

(Vermittler Ballon.) Große Bejagungs herricht unter den Mitgliedern des schiffischen Vereins für Aufschiffahrt über das Schicksal des Ballons „Luna“, der am 18. Dezember mit einem Ansehen, dem Leuzant Richter, in Weisig aufgestiegen ist. Nach telegraphischer Meldung aus Stockholm ist der Ballon jetzt am Sonntag früh über Mariasagum (Insel Island) nach Norden jagend gesehen worden.

(Überbürgemeister Kirchner amtsmüde?) Das Verl. Ztbl. schreibt: Oberbürgermeister Kirchner wurde im Juni 1888 als Nachfolger Zeltes zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt. Seine Amtszeit (12 Jahre) läuft danach in etwa sechs Monaten ab. Es ist schon lange kein Gehörtes in öffentlichen Kreisen, daß Herr Kirchner, seines hohen Alters wegen nicht gemittelt ist, die Bürde des ähmeren Postens eines Oberbürgermeisters weiter zu übernehmen. Man spricht auch bereits von Kandidaten; es gilt aber für verfehlt, bereits Namen zu nennen. — Der Posten wird ausgeführt werden.

(Ermordung eines Lehrers.) Saarburg (Lothringen), 26. Dez. Auf dem Heimwege von Heller nach Habelburg ist der Lehrer Jeller von zwei Männern überfallen und erschlagen worden. Die Täter entlaufen.

(Schon wieder ein Grubenunglück in Illinois.) Durch eine Gasexplosion wurden in einem Kohlenbergwerk bei Spring (Illinois) gegen 50 Bergarbeiter verpfüht. Es Donnerstag abend wurden 9 Leichen geborgen.

(Anschlag auf einen D-Zug.) Auf den D-Zug Bafel-Soet aus Soland wurde Donnerstag abend von Unbekannten ein Revolverantritt verübt. Ein Attentat bedroht von verschiedenen Stellen aus mit Revolvergeschüssen bedroht. Alle Fensterheber der beiden Wagen wurden zertrümmert, die Kugeln blieben in den Holzwänden stecken. Glasplitter bedeckten den Boden. Verletzt wurde glücklicherweise niemand.

(Stanbälfe Szene bei einer Doktorprüfung.) Bei einer Doktorprüfung an der Pariser medizinischen Fakultät kam es Donnerstag zu einem überaus anhöflichen Ereignis. Ein Kandidat Ferrer, den der Professor der Histologie Brenant durchfallen ließ, fiel über ihn her und verlegte ihm eine schallende Ohrfeige. Sein Nachbar, Professor Gien, packte den Studenten am Hals. Ferrer rief: „Auff! Sie Dummkopf, aber ich haue.“ Die anderen Professoren griffen gleichfalls ein. Nach einer regelrechten Prügelei wurde Ferrer zu Boden geworfen und festgehalten, bis die Bedelle ihn hinauswerfen konnten. Man wird sich damit begnügen, ihn von der Univerfität zu relegieren.

(Strandung eines Dampfers am Heiligen Abend.) Der Dampfer „Grit“ aus Gotland ist am Heiligen Abend im Dänenfjeld bei Vornholm gestrandet und vollständig in Trümmern gegangen. Vier Mann der Besatzung mollen sich in diesem Gaudt fangen, so daß die Leute ertranken. Der Führer des Dampfers und der erste Maschinist harrten auf einer Klippe so lange in Sturm und Wetter aus, bis ihnen von den Überlebenden der Besatzung, die sich retten konnten, Hilfe gebracht wurde.

(Ermordung zweier Forscher in Arabien.) Aus dem Yemen, der sich schon seit längerer Zeit im Aufbruch befindet, kommt nach Rom die Nachricht von der Ermordung zweier Forschungsreisenden. Der italienische Konsul in Soboba telegraphierte dem Ministerium des Äußeren, daß ein Deutscher namens Bruchard und der Italiener Marzese wegen auf einer Reise von Sana nach Tals von Aufhühren ermordet worden sind. Die beiden Reisenden hatten eine Expedition unternommen, ohne vorher das italienische Konsulat zu befragen, sie hatten sich aber vom Wali militärische Beistand geben lassen. Der Wali hat, da die Deutschen in Soboba unter dem Schutze des italienischen Konsulats seien, dem italienischen Generalkonsul sein lebhaftes Bedauern über den Vorfall ausgedrückt.

(In einem Konflikt zwischen Regierung und Kommune) dürfte es voraussichtlich in Köpenick kommen. Dort wurde der sozialdemokratische Stadtverordnete Herbt ins Schulratium gewählt, und die Provinzialschulkommission ließ daher durch die Regierung anfragen, ob Herbt tatsächlich Sozialdemokrat sei. Der Bürgermeister von Köpenick, Dr. Jang er d ans, wolgerte sich, wie die „B. Z.“ mitteilt, darüber, bairer Anschluß zu geben mit den Worten, er wolle nicht den Denunzieranten spielen. Die Regierung sog daher auf Umwegen Erkundigungen ein und letzte daraufhin die Befähigung Herbt's ab. Nun wurde dieser zum zweiten Mal einstimmig wiedergewählt. Man will es also in Köpenick offenbar auf einen Konflikt mit der Regierung ankommen lassen.

(Angeregere Bankdirektoren.) Wegen der in der letzten Generalversammlung aufgedeckten Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung der Wittengeldgesellschaft für landwirtschaftliche Maschinen vorm. Gebr. Bugbaum in Würzburg, ist am Freitag Direktor Bernhard Bugbaum verhaftet worden. Sein Bruder Leopold Bugbaum ist geflüchtet.

(Bau einer Stadthalle.) Die künftigen Kollegen in Hannover beschloffen den Bau einer Stadthalle und eines großen Ausstellungsgebäudes auf der Bult und beschloffen zu diesem Zwecke eine Summe von drei Millionen an Mart. Die Stadthalternommission wurde beauftragt, sofort einen allgemeinen Wettbewerb unter den Kräftigsten Deutschlands in die Wege zu leiten.

Reklameteil.

Knorr's Suppen. Fix und fertig - 3 Teller 10 Pfg. Knorr-Sos würzt famos. Suppen, Saucen, Gemüse, Fleischspeisen etc. Jede Umstellung gilt als Gutschein. Jede Stamflasche enthält 1 Gutschein.

Wagen. In dieser Zeit überkommt die Redaktions des Blattes gegenüber keine Gerüchte. Märchen u. Familien-Nachrichten. Vom Getauft: Berner, S. des Bären-Offizieren Gehalts. Stadt. Getauft: Otto Richard, S. des Metallhüblers Jost; Martha Anna, T. des Gerders Seifert; Gertrud, T. des Arbeiters Richter; Gerhard Otto Friedrich, S. des Bäcker-Gezeugers Bremen; Wieselberg Marianne, S. des Drogerien Riege; Otto Willi, S. des Handarbeiters Dietrich; Karl Otto, S. des Arbeiters Große; Joha Marie, T. des Handarbeiters Eige; Gustav Kurt, S. des Arbeiters Hagenfeld; Erich Walter Hans, ein unehel. S. Verdigt: der S. des Schlossers Zette. Neumarkt. Getauft: Berta Luise, T. des Rangierers Reinboth. Altenburg. Getauft: Marie Feida, T. des Arbeiters Wähler. — Getraut: der Schuhmacher D. Zimmermann mit Frau B. geb. Janjong; der Kaufmann R. Horn mit Frau W. geb. Schwabe. — Verdigt: die unehel. Marie Weniger.

Martha Boche Ludwig Gross Verlobt. Weihnachten 1909. Mersburg. Siegen.

Am 26. Dezember verschied sanft nach langen, schwerem, in Geduld ertragenem Leiden mein innigstgeliebter Mann und Vater, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der Maschinenmeister Max Rehling, im Alter von 82 Jahren. Des geht an mit der Bitte um stilles Beileid Emma Rehling geb. Dimbe und Kinder nebst trauernden Angehörigen.

Schlafstellen Neumarkt 76. Billige Schlafstelle für junges Mädchen offen. Zu erfragen in der Erped. d. Bl. Schlafstelle offen Schmale Straße 25.

Kleines Wohnhaus in sehr gutem Zustand, S. der Gürtelstraße 20, in höchster Lage, bei 10000 Mark Anzahlung sofort veräußert. Mietkanten bitte ihre Offerte unter A B in der Erped. d. Bl. niederzulegen.

Privilegierte Bürger-Scheiben-Schützen-Gilde. Mittwoch den 29. Dezember abends 8 Uhr im Schützenhaus Weihnachtsvergnügen. Lichtbilder-Vortrag: Deutsche Kämpfe in Südwest, wozu die Mitglieder, Gastschützen und Freunde der Gilde hierzu ergebent eingeladen werden. Das Direktorium.

Wein Gaijon-Ausverkauf hat heute begonnen und kommen sämtliche Wollwaren, Tapisserteartikel zc. mit bedeutender Preisermässigung zum Verkauf. G. Brandt, Gotthardtstr. 25.

Riesen-Auswahl in Neujahrskarten Viele Witzkarten, besonders billig. Karten zum Namensdruck in sauberster Ausführung. Albert Bruns, Breitestr. 1, Papierhandlung und Bucherei

Standesamtliche Nachrichten der Stadt Mersburg vom 20. bis 24. Dezember 1909. Eheschließungen: der Schuhmacher Otto Zimmermann und Paula Janjong, Große Mittelstraße 6. Geboren: dem Müller und Friedhofs-Inspektor Lorenz 1 S., Ehlberg 10; dem Arbeiter Jandt 1 S., Obere Breite Straße 15; dem Uhrmacher Schlabs 1 Z., Gotthardtstraße 18; dem Steinleger Wittenberg 1 Z., Preußertstraße 6; dem Gekirchführer Reich 1 Z., Saalfstraße 8; dem Viehhändler Hübner 1 S., Ober-Altendurg 20; dem Handarbeiter Famm 1 Z., Hülferstraße 10; dem Maurer Güttel 1 Z., Obere Breite Straße 8; dem Glaser Spott 1 Z., Rosenstr. 7; dem Ingenieur Waslo 1 S., Poststraße 8.

Zu den Anzeigen im Stadesamt sind Ausweispapiere vorzuliegen.

Kleine Hausmannswohnung 1. verm. an ruhige u. zuverlässige Familie mit erwachsenen Personen. Off. mit Angabe d. Familien- u. Arbeitsverhältnisses sofort unter J S an die Erped. d. Bl.

8000 Mark als mündelichere Hypothek bald zu vergeben. Näheres in der Erped. d. Bl.

Mafulatur hält stets vorräthig und empfiehlt stätigh Verlag des „Mersburger Correspondent“.

Frauenwohl, wirksamster Spül-Apparat, komplett Mt. 3., 4., 5., 6. u. 6.-Hygienische Bedarfsartikel, neuester illust. Katalog auf Wunsch gratis, franco, verschlossen und ohne Aufpreis. Gummi waren-Deptschäft G. Flappertbad, Halle S., gr. Ulrichstr. 41, 2. Eingang vom Rautenberg. Fernr. 2874.

Neujahrskarten: nur Neuheiten 1910 empfiehlt in grösster Auswahl Th. Rössner, Buchdruckerei, Ölgrube Nr. 9.

Freie turn. Bereinigung. D. T. Sämtliche Turnstunden in dieser Woche fallen aus. Des Turnen beginnt wieder Diens-tag den 4. Januar 1910. Der Vorstand.

Wegen Entrichtung der letzten Aufwärten wird ein lauberes, ehliches und kräftiges Mädchen aber unabhängige Frau auf 4 bis 6 Stunden des Tages gesucht. Weisses Mau 20, 1.

Deutschland.

(Zu der deutsch-russischen Nachlasskonvention vom 12. November/31. Oktober 1874 hat, da über die Handhabung dieser Konvention Zweifel entstanden waren, zwischen dem deutschen Botschafter in St. Petersburg und dem Vertreter des russischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten unter dem 24./11. Mai 1909 ein Notenwechsel stattgefunden, der von dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen unter dem 7. Dezember veröffentlicht wird. Der Notenwechsel setzt in zwei Artikeln folgendes fest: Sind Nachlasswerte eines in Rußland oder außerhalb Rußlands gestorbenen deutschen Erblassers bei einer russischen Bankanstalt, und sind Nachlasswerte eines in Deutschland oder außerhalb Deutschlands gestorbenen russischen Erblassers bei einer deutschen Bankanstalt verwahrt, so ist die Bankanstalt, welche die Nachlasswerte verwahrt, allein durch den Umstand, daß die Nachlasswerte betreffende Erbschaftsabgabe ihres Landes noch nicht entrichtet ist, nicht behindert, die Nachlasswerte den Konsularbehörden des anderen Staates anzukommen. Zu dem dem Nachlass zur Last fallenden Kosten im Sinne des Artikels 8 des Abkommens gehört auch die nach dem Gesetze des Landes, in welchem der Nachlass eröffnet wird, zu erhebende Erbschaftsabgabe. Die Konsularbehörden sind verpflichtet, für deren Entrichtung auch ohne besondere Aufforderung Sorge zu tragen. Sie dürfen daher den Nachlass eines Angehörigen ihres Landes an die Berechtigten nicht abführen, ohne die auf den Nachlass zugunsten des anderen Staates entfallende Erbschaftsabgabe, soweit sie noch nicht entrichtet ist, zurück zu behalten oder für deren rechtzeitige Entrichtung eine sonstige Gewähr zu leisten.

(Die Gemeinderats-Wahlen in Württemberg), die dieser Tage abgeschlossen worden sind, boten diesmal ein über die lokale Bedeutung hinausgehendes Interesse. Die Liberalen dürften, wie von dort berichtet wird, mit Verdringung auf die Resultate der Wahlen blicken. In weitaus den meisten Orten sind Volkspartei und Nationalliberale Partei zusammengegangen. Wo dies nicht der Fall war, z. B. in Ulm, lagen besondere lokale Gründe vor. Sogar an Orten, in denen bisher die liberalen Parteien getrennt marschierten, — Heilbronn — hat diesmal eine Verbindung der Listen stattgefunden. Die Zunahme der demokratischen Stimmen betrug in Stuttgart 920 Stimmen, in Ulm 1380, in Heilbronn 101 Stimmen. Wo die liberalen Parteien nicht zusammengingen, war der Erfolg für den Liberalismus kein erfreulicher. Zum Beispiel in Ulm. Hier ging ein Sitz der Volkspartei verloren, da die Deutsche Partei es vorzog, sich mit dem „neutralen“ Bürgerverein zusammenzuschließen. Andererseits gilt die erfolgreiche Wahl in Göppingen als Beweis dafür, daß die Volkspartei, wo sie genützt ist, sehr wohl instande ist, mit Erfolg auch ihre eigenen Wege zu gehen. Auf die Zukunft eines etwaigen „Groß-Block“ in Württemberg kann man nach dem Wahlausfall keine allgemeinen Schlüsse ziehen. Bemerkenswert ist der Rückgang des Zentrums (wie der Konservativen) an mehreren Orten. Dieser Rückgang betrug in Gmünd 45 Stimmen, obwohl dort das Zentrum 60 neue Wahlbürger erhalten hatte, während in dem katholischen Schramberg sogar nur 1 Zentrumskandidat gegenüber 3 Liberalen gewählt wurde. Die Zunahme der Sozialdemokratie ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Dies spricht dafür, daß eine entschiedene liberale Politik in Württemberg nach wie vor ihre Zukunft hat.

(Die Klagen des Abgordneten E. Rubin gegen eine Anzahl von Zeitungen, die die sittlichen Qualitäten dieses Mannes angezweifelt hatten, sind bekanntlich bis nach der Erledigung des Prozesses daselbst und des Strafverfahrens gegen Rubin selbst zurückgestellt worden. Dabei war in der Presse gesagt worden, daß das Strafverfahren gegen Rubin erst nach Schluß des Reichstages zur Durchführung gelangen wird. Es ist möglich, daß dies aus kriminellen Gründen geschieht, angesichts der Fälle des Materials, das der Staatsanwaltshaft zur Beurteilung der Tüchtigkeit des Herrn Rubin unterbreitet ist. Verfassungsverdrüßlich liegt aber kein Grund vor, daß nicht gegen Rubin schon während der Session eventuell verhandelt würde. Im Artikel 31 der Verfassung heißt es lediglich: ... Auf Verlangen des Reichstages wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben ... für die Dauer der Sittingsperiode aufgehoben. ... Es darf als ausgeschlossen gelten, daß der Reichstag das „Verlangen“ stellen würde, ein etwaiges Strafverfahren gegen Rubin aufzuheben. Im Gegenteil würde die überwiegende Mehrheit des Reichstages es jedenfalls für äußerst wünschenswert halten, daß die Wortunter-

suchung so rasch wie möglich abgeschlossen und das Strafverfahren — wenn es überhaupt anhängig gemacht wird — ebenfalls so rasch wie nur denkbar erledigt wird, auch innerhalb der Session.

(Landwirtschaftliche Sachverständige.) Die den kaiserlichen Konsularbehörden in Kopenhagen, London, Paris und Petersburg zugeordneten landwirtschaftlichen Sachverständigen sind für die Zeit der Tagung der großen landwirtschaftlichen Körperchaften, besonders des Deutschen Landwirtschaftsrats im Februar 1910, nach Berlin berufen worden, um ihre Erfahrungen und Beobachtungen durch Auskunftserteilung und Vorträge zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen und Wünsche wegen Beschaffung von Nachrichten und Auskünften entgegenzunehmen. Interessenten, die sich mit diesen Sachverständigen in Verbindung setzen wollen, können sich schon jetzt an das Auswärtige Amt wenden. Dieses wird Wünsche von Interessenten den Sachverständigen übermitteln.

(Zentrum und Polen.) Zum politischen Ergebnis der Stellungnahme des Zentrums zu den Polen in Westpreußen entnehmen wir dem „Nien“ folgendes: Der erste westpreussische Parteitag des Zentrums, der vor einigen Wochen in Königsberg tagte, hat sich beinahe einstimmig für ein Zusammengehen des Zentrums mit den Polen ausgesprochen. Diese Parole hat nun bereits eine Erläuterung erfahren, die den deutschen Katholiken in Westpreußen sehr zu denken geben sollte. In der katholischen Kirchengemeinde zu Dirschau haben kürzlich Wahlen zum Kirchenvorstand und zur Gemeindevertretung stattgefunden. Die Polen haben dabei, weil in Dirschau schon lange für eine Einschränkung des polnischen Gesanges und der polnischen Predigten agitiert wurde, eigene Kandidaten aufgestellt, und es ist ihnen gelungen, einen völligen Sieg über die Deutschkatholiken zu erringen. Sie haben fünf ihrer Kandidaten durchgebracht. Also sogar hier kommt die neue Laitsch des Zentrums in Westpreußen darauf hinaus: sie fördert und stützt direkt und indirekt die polnische Bewegung.

(Klagen über das Färben von Gerste mit Cochin) bei der Einfuhr aus dem Auslande sind den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin in den letzten Tagen von verschiedenen Seiten zugegangen. Von Interessenten wurde mitgeteilt, daß die mit Cochin gefärbte Gerste für Maschineweil ungeeignet sei, weil sie gesundheitliche Nachteile für das Vieh im Gefolge habe; ferner wurde die Wertigkeit der Gerste infolge des Färbens überaus verzögert, und da die zum Einfüllen solcher Gerste verwendeten Säde ebenfalls die rote Farbe annehmen, so seien sie für andere Zwecke vielfach nicht verwendbar. Die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin haben sich früher für eine dahingehende Deklarationspflicht ausgesprochen, daß der Verkäufer niedrig verpollter Gerste gehalten sein soll, dem Käufer von der niedrigen Verpollung Kenntnis zu geben in der Voraussetzung, daß dadurch die Kennzeichnung durch Färben mit Cochin überflüssig würde. Sie find auch jetzt noch der Ansicht, daß eine solche Deklaration gegen Zolluntersuchungen genügt und haben beschlossen, beim Reichsschatzamt von neuem zu beantragen, daß in Zukunft von der Kennzeichnung durch Färben mit Cochin Abstand genommen werde. — Die Mannheimer Handelskammer hat mit Rücksicht auf die Beschwerden über die Färbung von Gerste bei den zuständigen Stellen beantragt, die Färbung von Gerste zum mindesten so lange auszuheben, bis über die Wirkung des dabei verwendeten Farbstoffes Cochin vollständige Klarheit geschaffen ist. Gleichzeitig beantragte sie, in eine Prüfung der Bestimmungen der neuen Gerstenzollordnung einzutreten.

(Um die häuerlichen Ansiedler in den Ostmarken) wieder an sich zu fesseln, macht der Bund der Landwirte die transpstatsten Bemühungen. Wie die „Pos. Neust. Nachr.“ aus Gnesen erfahren, wurden dieser Tage in einer Vorstandssitzung des Bundes der Landwirte zu Berlin fünf Ansiedler und fünf alteingesessene Bauern aus verschiedenen Teilen der Provinz zugezogen, um über den Zusammenschluß der Ansiedler und der alteingesessenen Bauern zu einem Provinzialverbande unter Protektion des Bundes der Landwirte zu beraten. Es wurde beschlossen, für diese Idee in der Ostmark Stimmung zu machen und durch Versammlungen den Zusammenschluß zu fördern.

Volkswirtschaftliches.

(Staatliche Schlichtungsversicherung.) Der von einer kaiserlichen Schlichtungsversicherung wird dadurch wieder in Erinnerung gebracht, daß das preussische Landwirtschaftsministerium durch das Landesökonomikollegium den Landwirtschaftsakademien die Ergebnisse der in vorigen Jahre amtlich vorgenommenen Feststellungen

über die Ausdehnung der Schlichtungsversicherung übermittelt hat. Das Ökonomikollegium hat die Landwirtschaftsakademien um eine Äußerung ersucht, nachdem kürzlich in Berlin eine Konferenz der Akademien sich mit der Angelegenheit beschäftigt hat. Hierbei hat sich u. a. die Landwirtschaftsakademie zu Wiesbaden gegen die Versicherung erklärt, die schließliche hat gefordert, daß die Versicherung im ganzen Reich oder überhaupt nicht eingeführt werde. Aber auch in anderen Fällen müßten Träger und Beförderung die feststehenden Kommuneverbände bleiben.

(Zur Förderung des mittelständigen Kreditwesens.) Bereits vor einiger Zeit hatte eine Konferenz von Vertretern des Mittelstandes im Hanjau-Bund getagt, in welcher die Frage erörtert wurde, auf welche Weise der Hanjau-Bund in der Lage wäre, die Bestrebungen des Mittelstandes durch positive wirtschaftliche Leistungen zu fördern. Eine interessante Kommentierung hierzu gewähren nun die Ausführungen des Generalsekretärs der Deutschen Mittelstandsvereinigung, Just, die derselbe im „Antarctico“, dem Organ des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, veröffentlicht. Es wird dabei mit Recht darauf hingewiesen, daß die dringende Aufgabe bei der Förderung mittelständiger Interessen die Befähigung der mittelständigen Kreditmitgl. zu diesem Zwecke ist eine nachdrücklichere Bekämpfung des Borgensens bringend erforderlich; dies allein wird aber nicht zum Ziele führen, man wird weitergehen müssen, und zu diesem Zwecke schlägt Herr Just die Errichtung von mittelständigen Kreditinstituten auf dem Prinzip der Distinktion offener Auforderungen vor. Ein Versuch, welcher nach dieser Richtung gemacht worden ist, berechtigt zu der Hoffnung, daß auf diesem Wege etwas Besseres zur Besserung der mittelständigen Kreditverhältnisse geteilt werden kann. Auch die Generalkonferenz der Deutschen Mittelstandsvereinigung, welche auf ihrer letzten Tagung hiezu Kenntnis genommen hat, vertritt sich vor solchen Maßnahmen einen Fortschritt auf dem Gebiete der Förderung kleingewerblicher Interessen und ist damit einverstanden, daß der Vorstand der Deutschen Mittelstandsvereinigung die zur Bewirkung dieses Planes erforderlichen Schritte, eventuell in Gemeinschaft mit dem Hanjau-Bund, zu tun. Die erforderlichen Vorarbeiten liegen in den Händen von erfahrenen Praktikern und werden in günstiger Weise fort.

(Wenn die Prozarier von modernen Erzeugnissen materiellen Vorteiles ersehen, so sind sie gar nicht so sehr gegen den „Fortschritt“, und dann ist ihnen auch das Mittel der sonst so verhassten Städte gar willkommen. Sie elektrifizieren überlandzentralen macht sich jetzt in ländlichen Kreisen ein starkes Bedürfnis geltend. An fast bezüglichen wirt. Auf die Dauer muß auch der ländliche Prozarier infolge solcher Bedürfnisse einsehen, wie die Industrialisierung Deutschlands auch der Landwirtschaft unermesslichen Nutzen bringt. Auch für die Kreuze Sagan, Spottau, Friedberg und Sorau wird eine große überlandzentrale geplant. Es land eine Interessenten-Versammlung statt, in der den Vorzug der postkonvention, freistehende landwirtschaftliche Bauernschaft. Unter der Hand ist dieses hätte mit einem Male konfessionelle Werte für die Städte verloren. Das Wort sollte, so tagte, dazu dienen, die Gegenseite zwischen Stadt und Land zu befehligen. Die Sache liegt nämlich so, daß ohne die Städte die Zentrale kaum lebensfähig sein würde. Die Städte sollen also so gut sein, den Herrn Agrarier die Zentrale rentabel zu machen! Wenn sie selbst Augen davon haben, so werden sie es schon tun. Im übrigen oder sollten sie sehr vorsichtig sein und sich nicht von den schönen Worten der Herrn Wähler einfangen lassen!

Provinz und Umgegend.

(Halle, 26. Dez.) Auf dem hiesigen Güterbahnhofe geriet Freitag morgen der Güterbodenarbeiter Ernst Bant zwischen die Puffer zweier zusammenstoßender Wagen. Dem Unglücklichen wurde der Brustkorb eingedrückt. Sein Zustand ist hoffnungslos. — In der Nacht brachen Einbrecher in das Kontor einer hiesigen Firma ein. Auser Kleinigkeiten stiel ihnen eine Kassetten mit 305 Mark Inhalt in die Hände.

(Vitzersfeld, 26. Dez.) Ein schwerer Unfall ereignete sich, wie wir schon kurz berichteten, auf der nahen „Grube Leopold“. Beim Transport eines etwa 600 Kilogramm schweren Motors nach der 3. Etage der dort erbauten Zementfabrik stürzte ein Gerüst zusammen und in die Tiefe. Der Maurer W. Richter aus Pouch erlitt bei dem Sturz einen Halswirbelbruch und war sofort tot. Drei andere Personen, der Monteur Fr. Jordan aus Leipzig, der Maurer Friedrich Heide aus Petersroda und W. Kaiser aus Holzweißig trugen Armbrüche und Auskugelungen der Schultergelenke davon. — Das dreijährige Fächertchen des Arbeiters Wiesenauw. von hier machte sich in einem unbewachten Augenblicke an der Feuerung des Dens zu schaffen und zog sich dabei so schwere Brandwunden zu, daß es bald darauf verstarb.

(Wernigerode, 26. Dez.) Der Freitag hat beschlossen, eine Kreis-Hundesteuer einzuführen und zur dringend notwendigen Vergrößerung des Kreis-Krankenhauses einen Erweiterungsbau aufzuführen zu lassen.

(Heiligenstadt, 26. Dez.) Ein schrecklicher Unglücksfall hat die Familie des Landwirts und Schöpfen Joahe in Kreuzberg betroffen. Das sechsjährige Fächertchen geriet beim Dreschen durch einen unglücklichen Zufall in das Schwingrad der Maschine und konnte nur als verstimelte Leiche hervorgezogen werden.

as. Ummendorf, 27. Dez. Die hiesige Polizei ermittelte jedoch einen hier wohnhaften Arbeiter, der sich einen billigen Festen dadurch verschaffen hatte, daß er einer Frau in Baden vorlegte, von ihm abwesenden Mann die Karte zu geben. Die leichtgläubige Frau händigte dem Fremden nicht nur die Karte ein, sondern gab obendrein noch eine große Kiste zum Transport zu.

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Unter den Männern, welche durch Wort und Schrift die allgemeine deutsche Volkserhebung nach Napoleon I. vorbereiteten, steht Carl Moritz Wundt in der vorberühmten Reihe. Er ist vor 140 Jahren, am 26. Dezember 1769 auf der Insel Rügen geboren. Wegen seiner Schrift „Geist der Zeit“ wurde Wundt von dem förmlichen Eroberer geächtet und er entließ nach Schweden. 1812 trat er in Verbindung mit dem ebenfalls in die Welt erklärten Freiherren vom Stein und wirkte durch Gedichte und andere Schriften für die Befreiung des hoch geliebten Vaterlandes vom französischen Joch. Im Jahre 1849 nahm Wundt an Frankfurter Parlament teil und schloß sich der erbitterten Partei an. Er starb 1860 im hohen Alter zu Bonn.

Vor 100 Jahren, am 27. Dezember 1809, zog sich die von Napoleon geschickte Kaiserin Josephine nach Malmaison zurück und damit trat sie von der politischen Bühne, auf der sie immerhin keine unbedeutende Rolle gespielt hat, für immer ab. Diese war ursprünglich aus Liebe geschlossen worden, sie blieb aber kinderlos. Einerseits deshalb, weil der Kaiser seine Erben für den Thron bedurfte, andererseits aber auch, weil er seinen Thron durch eine Ehe mit einer österreichischen Prinzessin zu sichern gedachte, war die Scheidung erfolgt. Auf Grund eines Formfehlers hatte das gegenseitige Verbot von Paris des Kaisers Ehe für eine solche erklärt, welche niemals gültig geschlossen worden sei. Durch ein kaiserliches Dekret wurde ausgedrückt, daß Josephine den Titel und Rang einer gekrönten Kaiserin nebst einem Wittum von 2 Millionen Franz erhalten, und daß alle Verfügungen, welche der Kaiser zu ihren Gunsten getroffen habe oder noch treffen werde, auch für seine Nachfolger bindend sein sollten.

Weiterwarte.

Voranschickliches Wetter am 28. Dez.: Nimmlich mit Wechselndem bewölkt, getwisse aufheiternd, etwas Regen. 29. Dez.: Zeitweise besseres, vielfach mäßiges bis trübes, ziemlich mildes Wetter, vielfach etwas Niederschläge.

Schweres Eisenbahn-Unglück in Böhmen.

Während in Deutschland der gesteigerte Weihnachtsverkehr bis jetzt ohne Unfall verlaufen ist, hat sich im benachbarten Böhmen, noch ehe der Zugverkehrsbeginn bei Scheffel begonnen ist, am ersten Weihnachtsfesttag eine schwere Katastrophe ereignet. Der Telegroph meldet uns darüber aus Prag: Der um 7 1/2 Uhr früh von Prag nach Wien abgehende Schnellzug der Staatsbahnabteilung fuhr am ersten Feiertag um 9 1/2 Uhr normaltages beim Passieren der Station Uhersto vor Chogen auf einen Güterzug auf. Vierzehn Personen wurden getötet, achtundzwanzig schwer und viele leicht verletzt.

Ein ausführlicher Bericht beschreibt uns das Unglück folgendermaßen:

Wien, 26. Dez. Der morgens 7 1/2 Uhr von Prag abgehende Schnellzug Berlin-Wien fuhr gestern um 9 1/2 Uhr normaltages beim Passieren der Station Uhersto vor Chogen auf einen Güterzug auf. Im Augenblick waren vierzehn Personen getötet und zwanzig schwer verletzt. Von den Toten sind erkannt worden: Sigmund Bergmann, Reisender aus Prag; Anton Kubitz,

Schlosser aus Prag; der Oberkondukteur Alois Stroya aus Prag; Adolf Jordan, Wagner aus Hohenbach; Wenzel Matzer Kondukteur des Schnellzuges aus Prag; Frau Ernestine Dornstein aus Kolin mit ihrer eifährigen Tochter Klara; Jaroslav Projezar, Mitglied einer Firma in der Nähe von Gradim; Frau Wloda Wollak, unbekannt woher; ferner die Frauen Marie Bedehnal, Emilie Kantor und Rosalie Collara. Unter den Toten befinden sich auch Richard und Anton Hurschiger, Kaufleute aus Wienhof, Bernhardt des Bekannten, unter dem Verdacht des Giftmordes verhafteten Oberleutnants Hofrichter. Die Schuld an dem Unglück wird dem Führer des Schnellzuges zugeschrieben, der die Station nicht, wie geübt, mit der vollen Geschwindigkeit von 80 Kilometern passieren durfte, um so mehr, als er genaue Zeit nicht eingehalten hatte. Der Güterzug warfste eben das Gletze. Auch soll die Diskontinuität falsch gefahren sein. Auf telegraphische Benachrichtigung kamen Hilfszüge mit Kraxen und Material aus Chogen, Barubitz und Prag, noch ehe die Vermundeten unter den Trümmern beherbergt werden, was hundentlang dauerte. Von den Schwerverletzten befinden sich 15 im Kreisrankeuhause zu Barubitz. Die Lokomotive und die Wagen des Schnellzuges sind vollständig zertrümmert. Hunderte von Arbeitern sind an der unsäglich beschäftigt.

Über die Katastrophe schreibt noch berichtet: Der Schnellzug-Lokomotivführer erklärt, das Signal habe auf freies Fahren gestanden, insofern sei er mit voller Geschwindigkeit durch die Station gefahren. Die beiden Lokomotiven führten mit furchtbarem Krach ineinander, die nachfolgenden Eisenwägen des etwa 150 Passagiere zählenden Schnellzuges türmten sich aufeinander, und eine entsetzliche Panik entstand. Die Lokomotive und vier Wagen des Schnellzuges und die Lokomotive und fünf Wagen des Güterzuges bildeten einen hochaufgetürmten Trümmerhaufen. Der Oberbau des Bahnhofs ist auf der Landseite zerstört, das Erdreich tief aufgerissen, die Schienen sind die Strohhalme gestreut, die Schwellen gesplittert. Ein Wagen geriet durch Explosion des Gasbehälters in Brand. Als der erste Schreck, der das Personal der kleinen Station ergriffen hatte, vorüber war, säumte alles an die etwa 400 Meter außerhalb der Station befindliche Unglücksstelle. Aus den Trümmern erlitten Jammergeschrei und Wehklagen. Reich machte man sich an die Bergungsarbeiten. Die verletzten Passagiere, die in den Abteilen eingeklemmt waren, zertrümmerten die Scheiben und kletterten durch die Fenster hinaus. Dann begannen die Aufräumungsarbeiten, und man holte die Toten und Schwerverletzten aus den Trümmern. Vierzehn Personen wurden getötet, etwa 20 mehr oder minder schwer verletzt. Viele Verletzte entziehen so rasch wie möglich der Unglücksstätte. In kurzer Frist trafen drei Hilfszüge ein. Ein Zug fuhr sofort mit den Verletzten nach Barubitz, und im dortigen Krankenhaus wurden folgende Operationen vorgenommen. Der Stationsbeamte Zeis wurde sofort vom Dienst suspendiert, er behauptet zwar, den Semaphor auf „halt“ gestellt zu haben, doch sagte auch ein Weichensteller, der seine Wache vor der Station dat, aus, daß das Signal bei dem Schnellzug „freie Fahrt“ gestellt hätte. Eine Kommission der Eisenbahnbahörde, die bald eintraf, stellte fest, daß die Apparate vollkommen in Ordnung waren, und daß das Signal auf „frei“ zeigte. Der des dienstes vorläufig entzogene Stationsbeamte Zeis verließ den Dienst in Uhersto seit 4 Monaten, nachdem er bereits seit 1008 selbstständig im Stationsdienst beschäftigt war. Er hatte seinen Dienst am Sonnabend früh 7 Uhr nach 24stündiger Ruhezeit angetreten.

Gerichtsverhandlungen.

Waldschut, 28. Dez. Nach dreitägiger Verhandlung wurden in dem Prozeß wegen Missetätigungen bei dem Anstöße in Bad. Reinfelden am

13. August 20 Angeklagte zu 6 Wochen bis zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

— München, 28. Dez. In dem Prozeß wegen des Fleischetrats Bureau ist der Angeklagte Dr. Scholl wegen des fortgesetzten Vergehens des Betrugs zu einem Monat Gefängnis und 3000 Mt. Geldstrafe verurteilt worden.

Vermischtes.

* (Schlägerei zwischen Militär und Zivilisten in Berlin.) Als einige Unteroffiziere des 1. Garde-Feldartillerie-Regiments, die den Heiligen Abend zusammen verleben hatten, sich nachts in ihre Räume zurückgeben wollten, wurden sie unterwegs von einer Gruppe Zivilisten, die ihnen begegneten, angegriffen. Es kam zu einer Schlägerei, in deren Verlauf der Schiffer Eicher, ein etwa 20 jähriger Bursche, dem Unteroffizier Specht mit einem Messer eine tödliche Stichwunde beibrachte. Der Unteroffizier erlag der schweren Verletzung noch am selben Abend. Der Mord wurde sofort verurteilt.

* (Zwei Personen beim Schlittschuhlaufen ertrunken.) Beim Schlittschuhlaufen auf dem Fabrikteich in Gutschdorf bei Striegau sind die 16jährige Tochter des Tischlers Briedemann und der ihr zu Hilfe eilende Lehrer Englich ertrunken.

* (Untererei von Sträflingen.) Pariser Wärtner wird aus Capenne gemeldet: In der Nähe der Galtinsel ist eine von Sträflingen bediente Dampfhalpuppe auf der Fahrt nach der Strafkolonie Karu, wo eine Untererei ausgebrochen war, auf unangeführte Weite getrennt. In der Schulpuppe befanden sich 1 Oberaufseher, 2 Ärzte, mehrere Aufseher, 2 Frauen und 2 Kinder. Alle Insassen mit Ausnahme der Sträflinge trugen ins Wasser. Diese retteten die Frauen und Kinder, ließen aber die anderen ertrinken. Die Aufseher, die am Ufer standen und den Vorfall mit ansehen, bemängelten sich der Schulpuppe nach heftigem Kampfe mit den Sträflingen. Die Wärtner soll infolge der Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung ausgebrochen sein.

Neueste Nachrichten.

Brüffel, 27. Dez. Es heißt, der Herzog von Connaught habe im Namen des englischen Hofes König Albert zu einem Besuche in England eingeladen. Bukarest, 27. Dez. Die Deputiertenkammer hat mit 65 gegen 8 Stimmen den Panselsovertrag mit Österreich-Ungarn angenommen.

Newport, 27. Dez. Nach einem Telegramm aus San Juan del Sur hat sich Zelaya an Bord des mexikanischen Kommodorens General Guerrero begeben, das in Corinto lag und jetzt nach Salina Cruz in Mexico unterwegs ist.

Petersburg, 27. Dez. An Stelle des ermordeten Obersten Karpon ist der Moskauer Chef der Staatspolizei, Oberst v. Kotten, ernannt worden, auf den vor einiger Zeit in Paris ein Attentat verübt wurde.

Lemberg, 27. Dez. Am Sonnabend nachmittag entfiel in einem Kinetographentheater während der Vorstellung, infolge falschen Feuerlöschens eine Panik wobei zwei Knaben den Erstickungstod fanden und acht Personen verletzt wurden, unter ihnen vier Säuglinge. Die Verletzten wurden in das Krankenhaus gebracht.



Am häuslichen Herd

zeigt sich das wahre Wirtschaftstalent der Hausfrau. An Stelle teurer Butter verwendet sie

Palmato die beste Pflanzenbutter-Margarine, vorzüglicher Ersatz für feinste Naturbutter und zum Kochen, Braten und Backen das beliebte Kokospfaisett. **Manna**

In allen besseren Geschäften erhältlich!

Reinhold Steckner :: Bankgeschäft :: Halle a. S.

Personen: 1862, 1865, 1864.

gegründet 1855.

Drahtnachrichten: Stecknerbank.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Versechiedene Städte-, Provinz- und Kommunal-Obligationen sowie erstklassige Hypothekbank-Pfandbriefe werden provisionsfrei abgegeben.

Einlösung sämtlicher Zins- und Dividendenscheine sowie ausgeloster und gekündigter Werte. Besorgung neuer Zinsscheine- und Dividendenscheine.

Aufbewahrung und Verwaltung sowie Beilegung von Wertpapieren, Urkunden, Hypothekbriefen oder sonstigen Wertstücken.

Überwachung der Verlosung von Wertpapieren und Versicherung derselben gegen Kursverlust.

Annahme verschlussener Depots.

Vermietung eiserner Schrankfächer in der Stahlkammer unter Mitverschluss des Mieters.

Gewährung von Krediten in laufender Rechnung.

An- und Verkauf und Einzug von Wechseln, Anweisungen und Schecks.

Annahme von Bareinlagen gegen Kündigung oder zur täglichen Verfügung im provisionsfreien Scheckverkehr. Schecks auf mein Haus werden an etwa 150 deutschen Plätzen kostenfrei ausbezahlt.

Ausstellung von Reise- und Kreditbriefen.

Offizielle Zahlstelle für das K. K. Oester. Postsparkassen-Amt in Wien.

Geheime Herr Apotheker

Sehen Sie sich nochmals 2 Dosen **Winn-Galle**. Sie muß Ihnen auch gleich mehrere Dose ausreichen. Sie liegt Galle. Sie hätte in meinen Schmelzeln 2 große Böden, und ich habe nicht verstanden, aber alles umsonst. Nachdem ich nun von Ihrer **Winn-Galle** verwendet, ist mein Bein ganz hergestellt. Sie habe Ihre Galle auch schon vielen empfohlen.

Wien, 28. 12. 06.

G. Platz.

Die **Winn-Galle** wird mit Erfolg gegen Rheiden, Nerven- und Gichtleiden angewandt, und ist in Dosen à 1.16 und 2.26 in den Apotheken erhältlich, aber nur echt in Originalpackung weiß-grün-rot und Firma **Schubert & Co., Weinbühl-Druckerei, Bismarckstr. 10, Wien.**

Ungezielter

aller Art als Kopfkäufe, Fische, Wanzentötet unschädlich „Diskret“, a Flasche 50 Pf. Adler-Druckerei **Kurt Atzel**. Central-Druckerei **Rich. Kupper**.

Parterre-Wohnung.
Zimmer, große Glaserande, Garten etc.,
sodort zu beziehen
Gartenstraße 1.
Freundl. Erkerwohnung, bestehend aus einzelner
n. sofort zu beziehen **Brite-Strasse 24.**

Herrschäftliche Wohnung
in Nähe des Bahnhofs, parterre, per
1. April 1910 zu vermieten. Näheres bei
Bermalter **Knaack.**

Wohnung, 2 Stuben, Kammer, Küche
und Zubehör, Preis 260 Mk.;
desgleichen 1 Stube, Kammer, Küche
und Bodentammer, zu vermieten und
1. April 1910 zu beziehen. Zu erfragen
in der Exped. d. Bl.

Gehobere Wohnung (Kreis 235 Mk.) und
eine Sofawohnung zum 1. April zu beziehen
Fernkerstraße 10.

Hallesche Strasse 33
ist die herrschäftliche Parterre Etage zu ver-
mieten und sofort zu beziehen. Näheres
Sakkestraße 19, 2 Tr.

Gartenstrasse 3
sind 2 Wohnungen, part. und 1. Etage,
von je 5 Zimmern, Küche und Zubehör,
mit kleinem Garten, zu vermieten und ist
1. Etage sofort oder 1. April zu beziehen.

Freundliche Wohnung,
5 heizbare Zimmer, Küche und allem Zu-
behör, Badstube, Gasanlage, zum
1. April 1910 zu vermieten.
Au der Weiden Mauer 30.

Eine Wohnung (2 Stuben, 3 Kammern,
Küche und Zubehör) ist zu vermieten und
am 1. April zu beziehen
Breite Straße 5.

Alteeres Fräulein sucht zum 1. April
Wohnung in anständigem Hause zum Preise
von 90 bis 120 Mk. Offerten bitte unter
10 in der Exped. d. Bl. niederlegen

Möbliertes Zimmer mit Pension
zu vermieten **Beckensteiner Str. 27**

Möbliertes Zimmer
zu vermieten **Breite Str. 8.**

Wohnung
von 8 bis 10 Zimmern nebst Küche und
Zubehör zum 1. April event. schon zum
1. Februar gesucht. Offerten mit Angabe
des Mietpreises und genaue Wohnungs-
plan an Regierungsrat **Ullmann, Altes
Frieden (Wetterwald).**

Freundliche Schlafstelle
offen
Burnstraße 17.

Haus
mit Laden und Einfahrt in der Nähe vom
Markt sofort zu verkaufen. Ankaufst er-
teilt die Exped. d. Bl.

Grosser Laden
mit Wohnung und Niederlage 1. Juli 1910
zu vermieten **Burg-Strasse 13.**

Laden
in meinem Neubau **St. Ritterstraße 11**
mit oder ohne Wohnung per 1. April 1910
zu vermieten.
Max Plant, Burostraße 18.

**Grundstücks-, Acker-
und Wiesen-Verkauf.**

**Mittwoch den 29. Dezbr. d. J.,
nachmittags 3 Uhr,**

findet im Gasthof zu **Sachsenweiden** der
Verkauf des hiesigen Herrn **Gustav
Richard Schulze** kassellb. geheimer
Grundbesitzes, bestehend aus:
2 Wohnhäusern, Stallung und
Scheune, sowie dazugehörigen
Ländereien in Grösse von ca.
68 Morgen Acker, Wiesen und
Obstplantagen

unter den im Termin bekannt zu machenden
Bedingungen statt. Kaufliebhaber sind
hierzu höflich eingeladen.
Im Auftrage des Verfügers:
Albert Franke.

**Feldverpachtung
in Menschenau.**
Ein Plan über der weißen Brücke von
ca. 8 Morgen und ein Plan über dem
Kirchsteige von ca. 9 Morgen gutes Acker-
land soll auf 12 Jahre neu verpachtet
werden. Näheres bei **F. M. Kuntz** in
Merseburg.

Ein 1/2 Jahr. Ziegenbock
ist zu verkaufen **Schmale Str. 28.**
Gehr. Stubenofen zu kaufen ge-
sucht. Offerten
unter „Fen“ an die Exped. d. Bl. erbeten.

Tafelförmiges Klavier,
gut erhalten und vollständig, ist billig zu
verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Gelegenheits-Kauf!
Mit jährlich 950 Mk. verzinsbares.
Mitte der Stadt gelegenes Wohnhaus
mit Laden und Lagerräumen Um-
stände halber bei 3000 Mk. An-
zahlung für 14000 Mk. preiswert
zu verkaufen. Verzinsung der Hypo-
theken 4 Prozent. Offerten unter
O F 50 an die Exped. d. Bl. erb.

Holzpanzoffeln
ausgezeichnet und billig bei
H. Lehmann, Preitstr. 19

Große Messina-Zitronen
10 Stück 0,95 Mk.,
100 Stück 8,40 Mk.,
Miste, 800 Stück, 10 Mk.
**Rich. Schumann, Bismarckstraße
Nr. 4.**

Schlachtpferde
auf zu hohen Preisen
W. Naundorf, Diefer Keller 1

prima Beefsteck.
Raumann, Gottsbarth.
Täglich frische
Hasenkletze,
Gänsekletze
empfehlen
Emil Wolff.

Pferde zum Schlachten
samt zu höchsten Preisen
**F. Möblus, Hofschlächterei,
Delstraße 5,
Telephon 349.**

**Piano-Sessel,
Piano-Lampen,
Taktmesser,
Notenständer**
in reicher Auswahl

Ritter
Vel-Pianoforte-Fabrik, Halle a. S.

Nähmaschinen
werden schnell und gut repariert bei
L. Albrecht, Schmalstraße 14.

Hundeammee
sodort zu leihen oder kaufen gesucht
M. Teichmann, Wehmer b. Ragun.

Bilanz über das Geschäftsjahr 1908/9.

Aktiva.		Passiva.	
1909 August 31.		August 31.	
An Kassa-Konto	672 78	Ber Mitgliederanteil-Rkonto	2356 50
„ Sparkassen Guthaben-Konto	4728 30	„ Mieterschuldoren-Konto	45 84
„ Kassen-Konta	4011 97	„ Dispositionsfonds-Konto	454 00
„ Debitoren-Konto	14 00	„ Referendats-Konto	1488 50
„ Depositen-Konto	600 00	„ Verwaltungskosten-Konto	477 92
„ Inventar-Konto	50 00	„ Hausaufwands-Konto	518 84
		„ Revisionsfonds-Konto	600 00
		„ Gewinn- u. Verlust-Konto	4788 46
	10077 06		10077 06

Mitgliederbewegung.
Die Mitgliederzahl betrug am 1. September 1908
zum Laufe des Jahres sind eingetreten
Am 31. August 1909 betrug die Zahl
Ausgeschieden sind a) durch Verzug
Ausgeschieden sind b) durch Tod
Bestand am 1. September 1909
Die Mitgliederanteile betragen am 1. September 1908
zum Laufe des Jahres verringerten sie sich um
Dieselben betragen am 1. September 1909
Die Gesamtsumme betrug am 1. September 1908
Verringerte sich im Laufe des Jahres um
Verringerte sich durch 3 ausgeschiedene Mitglieder um
Betrag am 31. August 1909

Konsum-Verein Zöschen und Umgegend.
E. G. m. b. H.
Der Vorstand: Ed. Bolatsberger, M. H. Dammhahn.

Erstklassige Margarine-Fabrik
in hervorragende Qualität, s. Kontingenzf. Preis list. l.
tücht. Vertreter.
Off. n. A 16851 an Hansenstein & Vogler, H. G., Leipzig.

Bernh. Deltzschner,
Obere Burgstr. 9. Obere Burgstr. 9.
Bier- und Weingrosshandlung, Spirituosen.
f. Rum, Brac, Cognac,
div. Feinsche in nur bester Qualität
zu
verschiedenen Preisen.
ff. Liköre. Biere in Syphon, Flaschen und Gebinden.

Herrenhüte Christian Voigt,
neueste Formen.
Halle a. S.,
Leibnizstraße 16.
verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Ed. Höpner, Merseburg.

Theater Variété.
Thüringer Hof.
Jeden abend 8 Uhr
Vorstellung
mit wechselndem Programm.

Unsere Mitglieder ersuchen wir, die
Mitgliederbücher
zum Vortrag des Guthabens für 1909 bis zum
8. Januar 1910
in unserem Geschäftslokale abzugeben.
Vorschuss-Verein zu Merseburg.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Gastpflicht.
E. Hartung. G. Peters.

Unser Geschäftslokale bleibt **Freitag den 31.
Dezember a. e. von 11 Uhr vormittags ab**
geschlossen.
Vorschuss-Verein zu Merseburg.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Gastpflicht
E. Hartung. G. Peters.

Von heute, Montag den 27. d. M.,
ab stehen wieder in sehr großer
Auswahl beste hochtragende und
frischmelkende
Kühe und Kalben
(verschiedener Rassen) besonders preiswert bei uns zum Verkauf.
Gustav Daniel & Co.,
Weissenfels a. S. Telephon 57.

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf.
Bei Abholung von unten Vierteljahresheften; bei Zuführung ins Haus durch unsere Auslieferung in der Stadt und auf dem Lande außerdem Porto; durch die Post 120 Pf. außer 42 Pf. Postgebühr. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal zur an den Wochentagen nachmittags.
— Abdruck unter Originalunterschrift ist nur mit deutlicher Unterschrift gestattet.
— Für Rückgabe unbenutzter Einblendungen übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeiträge:
sseitig. Illust. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeilen oder deren Raum für Merseburger und mehrere Umgebungen 10 Pf., kleinere Anzeigen 25 Pf., auswärts pro Zeile 20 Pf., im Restamt 30 Pf. Bei häufigerem Tag erscheinender Anzeigen, Beschränkung der Zeilen nach Vereinbarung. Für Anzeigen in den Anzeigenblätter besondere Berechnung, nach ausdrückl. Vereinbarung. Erfüllungsort Merseburg. Bei Remittent für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher. Kleinere Anzeigen bis höchstens 9 Uhr, Sonntagsanzeigen bis 10 Uhr vormittags. Zeit

Nr. 303.

Dienstag den 28. Dezember 1909.

36. Jahrg.

Zum liberalen Einigungsprogramm

Einige beachtenswerte Vorschläge zum Organisationsstatut der neuen freisinnigen Gesamtpartei macht die linksliberale „Neue Badische Landeszeitung“, die die Einigungsbestrebungen an sich stets lebhaft begrüßt hat. „Wir verstehen“, so schreibt sie, „im Organisationsstatut jede Bestimmung über Beitragsleistung der eingeschriebenen Mitglieder an die Partei. Deswegen eine Bestimmung über das Verhältnis der Finanzen der Landes- und Bezirksverbände zu denen der Zentralstelle. Es ist nicht nötig, die Höhe der Leistungen zu normieren, aber die Beitragspflicht selbst, dürfte im Statut festgelegt sein. Wer Mitglied der Partei sein will, muß auch zu den Kosten beitragen, und daß es es muß, ist ausdrücklich in den Partei-satzungen als seine Pflicht zu statuieren. Gesunde Finanzgrundbegriffe sind eine wesentliche Vorbedingung gesunder Parteiverhältnisse überhaupt und vor allem der Schlagfertigkeit einer Partei.“

Wir können hierzu sagen, daß ein Teil der Vorschläge des geschäftsführenden Ausschusses des Wahlvereins der Liberalen, insofern als er die Betonung der „Rechte und Pflichten der Mitglieder“ eingetriggt wissen wollte, sich auf ähnlichem Gebiete bewegen dürfte.

Weiterhin schreibt das genannte Blatt über das wichtige Thema: Parteistatuten und Presse: „Man kann die Presse oft hören, daß die Parteien von ihrer Presse alles und noch einiges mehr verlangen, daß sie aber mit der Unterstützung der Presse durch die Parteien recht mangelhaft befaßt ist. Bei der Gründung der Gesamtpartei sollte man hierauf recht ernsthaft Bedacht nehmen. Über die hohe Bedeutung, die einer stets gut, reich und ausreichend informierten Presse für die Vertretung der gemeinsamen Sache zukommt, ist kein Wort zu verlieren. Es ist nur daran erinnert, daß es allererst die Presse ist, die das erste Wort zur Beurteilung aller politischen Dinge zu sagen hat. Und will es beharren, als habe man auch diesmal bei Beratung der linksliberalen Versammlung viel zu wenig an die Parteipresse gedacht, nämlich gänzlich. Ihre Haltung aber und die Tätigkeit der leitenden politischen Redakteure ist für die gemeinsame Sache zu wichtig, als daß man sie so gewissemmaßen außerhalb der Kampffreiheit mitlaufen läßt. Unschönheit der Selbständigkeit, welche auch ein das Programm ablehnende Parteipresse beanspruchen darf und in Zukunft der Sache selbst beanspruchen muß, sollte es ihr doch organisationsgemäß ermöglicht werden, mitten in den werdenden Dingen der Parteigeschichte drin zu stehen, mitzuraten und mitzuhandeln. Im Verhältnis der Presse zu den Parteistatuten ist in den letzten Jahren manches besser geworden; aber es ist noch nicht alles gut.“

Die Wünsche und Klagen, die hier erörtert werden, haben zweifellos einen sehr ernst zu nehmenden Kern, wie wir oben erklären, daß auch in parlamentarischen Kreisen der Aufgabe der noch nicht immer ganz ausreichenden Fühlung zwischen Presse und Parteileitung in letzter Zeit eine sehr große Beachtung geschenkt worden ist und nach Mitteln und Wegen gesucht wird, hier befriedigende Zustände zu schaffen. Das Merseburger Blatt selbst macht folgenden Vorschlag: „Es möge im Organisationsstatut bestimmt werden, daß eine Anzahl leitender politischer Redakteure der Parteipresse im Zentralausschuß Sitz und Stimme habe.“ Der Einwand, der erhoben werden könnte, daß der Zentralausschuß eine zu große Körperschaft werden würde, ist aus mehreren Gründen hinfällig. Einmal ist der Zentralausschuß, dem die wichtigsten Parteiangelegenheiten zur Beschlußfassung unterliegen, nach den Vorschlägen des Biererausschusses jetzt schon ein Parlament von 110—120 Mitgliedern; eine kleine Vergrößerung könnte also nicht mehr schaden. Sodann aber halten wir die Hinzuziehung von Pressevertretern in die Zentralleitung für so eminent wichtig, daß dieses Moment jeden Einwand zu Boden schlägt.“

Dieses letztere Argument ist durchaus anerkennenswert. Vielleicht läßt sich die Angelegenheit so arrangieren, daß man im Wege einer Resolution den Wunsch ausdrückt, es möchten im Zentralausschuß jedesmal zwei oder drei Herren der liberalen Presse Sitz und Stimme

haben, und daß der Zentralausschuß von vornherein um 2—3 Mandate vergrößert wird. Die Parteitage werden dann sicherlich gern im Sinne dieser Resolution später ihre Wahl treffen. Im Organisationsstatut direkt zu bestimmen, es müßten Pressevertreter im Zentralausschuß sitzen, dazu möchten wir nicht raten.

Im Anschluß hieran rät die „Breislauer Zig.“, „nach dem Beispiel der Sozialdemokratie alljährlich eine Zusammenkunft aller Redakteure nach Berlin einzuberufen, damit die Kollegen zunächst einander näher kennen lernen und ferner mit den freisinnigen Führern engere Fühlung zu nehmen vermögen. Es würde sich weiterhin empfehlen, diesen



der Provinzialverbänden beschränkt haben. Dabei werden allerdings nicht nur die innere Verwaltung, sondern vielleicht noch andere Ressorts etwas von ihrer Stärke abgeben müssen. Das ist der Umriß, in dem ich mir die Verwaltungsreform denke: eine gewisse Dezentralisation mit voller Übertragung der Verantwortung und auch des wesentlichen Teiles der Fonds. Höchst bedauerlich würde es mir erscheinen, wenn man — wie von sehr bedeutender Seite vorgeschlagen worden ist — den untersten Instanzen die Möglichkeit eines speziell auch rechtsprechenden Eingriffs in die Verwaltung nehmen und die Verwaltungsgerichtsbarkeit nach oben konzentrieren wollte. Das wäre ein Rückschritt zur Wozoukassie und dem bei uns nicht angebrachten französischen Préfekten-System.“

Diese Ausführungen des Grafen Jellich haben deshalb besondere Bedeutung, weil ihr Urheber bekanntlich auch der Kommission zur Verwaltungsreform angehört. Die Grundzüge, die Graf Jellich hier auspricht, scheinen einen brauchbaren Boden für die Reform abzugeben. Ob aber die Mehrheit der Kommission und ob die Regierung die gleiche Ansicht hegt, das ist leider noch sehr fraglich. Was man bis jetzt von maßgebender Seite über die Reform gehört hat, war im wesentlichen weiter nichts, als der Vorschlag, die Macht des Landrats zu stärken und ihn zum fast unbeschränkten König in seinem Kreise zu machen, also das Gegenteil einer Dezentralisation und einer Entlastung der Staatsbehörden.

Ueber die Wahlen zum weimarschen Landtag

Schreibt man uns noch in Verfolg unserer bisherigen Mitteilungen: Das Ergebnis ist infolge seiner Eigenart auch für weitere Kreise nicht ohne Interesse. Es wurde bekanntlich zum ersten Male nach dem neuen Wahlrecht gewählt, das für 23 Abgeordnete das Reichstagswahlrecht vorsieht. Das Wahlmänner-system war vollständig in Fortfall gekommen. Neben den 23 allgemeinen Abgeordneten galt es, 15 Vertreter der Privilegierten zu wählen: 5 sogenannte Taufendtaler-Männer, 5 Großgrundbesitzer, 4 Angehörige der verschiedenen Kammern und einen Vertreter der Landesuniversität Jena. Zu den allgemeinen Wahlen und zu den Taufendtaler-Männer-Wahlen hatten die Freisinnigen alle Schattierungen mit den Nationalliberalen eine Art „liberalen Block“ geschlossen. Der Block hatte bei den allgemeinen Wahlen gegen Sozialdemokraten und Konservern, bei den Taufendtaler-Männer-Wahlen nur gegen die letzteren zu kämpfen. Der Block hat sich bewährt. In der allgemeinen Wahl erhielt die Freisinnigen 6, die Nationalliberalen 3 Mandate. Bei den Taufendtaler-Männer-Wahlen bekamen die Nationalliberalen von den 5 Sitzen sofort 4, in dem fünften stehen sie in Stichwahl. Der „Block“ verfügt also über 13 resp. 14 Mandate. Ferner rechnet sich der Vertreter der Universität Jena zur nationalliberalen Partei. Eine unerwartete Niederlage haben die Sozialdemokraten erlitten. Sie stellten in jedem der 23 Wahlfreie Kandidaten auf und zogen — 4 Mann hoch in das Justizhaus in Weimar ein! Und das nach der Reichstagsreform und zum ersten Male mit dem Reichstagswahlrecht! Die Sozialdemokraten hätten sich nach dem Erfolg bei den meingingigen Landtagswahlen mindestens auf 12 Sitze geehrt. Die Konservern, Bündler und Antisemiten erhielten bei den allgemeinen Wahlen 9 und bei den Großgrundbesitzern alle 5 Mandate. Die Rechte des neuen Landtags wird also nur 15 Abgeordnete zählen, da die noch zu wählenden Vertreter der Kammern bis auf den Vertreter der Landwirtschaftskammer wohl ausschließlich liberale Männer sein werden.

Zählt man zu den 14 Abgeordneten des Blockes noch die 4 Sozialdemokraten und den im Eisenacher Oberlande gewählten linksstehenden Zentrumsmann hinzu, so ist die Link, ohne die Vertreter der Kammern, 19 Mann stark. Ob diese Majorität in allen Fragen gegen die Reaktion zusammenhalten wird, steht freilich dahin. Die Linke hätte übrigens bedeutend stärker sein können, wenn die Nationalliberalen bei der Verteilung der Mandate innerhalb des Blockes nicht auf einige „rechts stehende“ Männer aus ihren Reihen gebrungen hätten, die dann den Konservern unterlagen. Und dann ließ sich die Sozialdemokratie durch die Geschichte der „roten Hundmühle“ verleiten, auch in solchen Wahlkreisen zu kandidieren, wo ein Freisinniger mit ihrer Unterstützung die Reaktion vielleicht gezwungen hätte.

Politische Uebersicht.

Von einer deutsch-englischen Verständigung über die Flottenbaufrage weiß die von Dr. Paul Rogbach herausgegebene „Deutsch-englische Korrespondenz“ zu erzählen. Die Verständigung sei Tatsache in dem Sinne, daß der Ausbau der deutschen Flotte nach dem Flottengezet nicht zur Durchführung gelangen soll, weil man an der maßgebenden Stelle entscheidenden Wert auf eine „Entsicherung“ des Situationsgleichgewichts gegenüber legt. Die genannte Korrespondenz geht aus von der Vereinbarung zwischen der baltischen Regierung und England über die Schiffbaukonvention für Cyprien und Zypern und von der Frage der Beteiligung englischen Kapitals an der Wagababbin. So sicher die Nachricht auftritt, so wenig glauben wir an ihre Richtigkeit, wenn wir auch von selber an „Entsicherung“ des Situationsgleichgewichts denken. Die Flottenbaufrage ist ein sehr wichtiges Problem für die deutsche Flotte.

Oesterreich-Jugaren. Gegen die Ernennung eines südbaltischen Landesmannministers haben sich die deutschfreisinnlichen Abgeordneten aus den Upländern neuerdings scharf ausgesprochen, ebenso wie gegen die Vertretung der Südslaven im Kabinet überhaupt,

